

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

## Kramar an die Arbeiter.

Seit jeher ist es der tiefste Schmerz der Kapitalisten aller Nationen, daß die Massen der Arbeiter sich von der geistigen und politischen Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien losgelöst und zum Kampfe für ihre Klasseninteressen in den sozialistischen Parteien zusammengeschlossen haben. Wie schön könnte für den profit- und ausbeutungslüsternden Kapitalismus die Welt sein, welche Fülle von Möglichkeiten würde es ergeben, wenn die Arbeiter hübsch brav, demütig und folgsam die Gütlichkeit und Unveränderlichkeit der heutigen Gesellschaftsordnung einsehen, den bürgerlichen Parteien willig als Stimmvieh dienen und kein höheres Streben kennen würden, als die Förderung des „nationalen“ Kapitalismus! Seit jeher gehen daher, um diesen kapitalistischen Idealzustand zu schaffen, die bürgerlichen Parteien unter der Arbeiterschaft auf den Gimpelgang aus, um durch Schaffung von sogenannten „nationalen Arbeiterparteien“ wenigstens Teile der Arbeiterschaft ihren Klasseninteressen und der Sozialdemokratie abspenstig zu machen, und sich für die Herrschaftsziele des Kapitalismus eine Hilfstruppe zu schaffen. Die deutschen Bürgerlichen hatten dabei insofern mehr Erfolg, als die unter Ausnützung der politischen Unreife mancher halb- und ganzproletarischen Kreise von ihnen geschaffene deutsche nationalsozialistische Partei ihrer ursprünglichen Bestimmung, eine Schleppträgerin des bürgerlichen Nationalismus zu sein, bis auf den heutigen Tag treugeblieben ist. Der gleiche Erfolg war dem tschechischen Bürgertum nicht im selben Umfang beschieden, denn die Partei der tschechischen Nationalsozialisten, an deren Wiege die damals noch junge tschechische Bourgeoisie stand, hat infolge des Zustromes größerer Teile proletarischer Elemente sich doch wenigstens in sozialer Beziehung viel weiter nach links entwickelt, als der tschechischen Kapitalistenklasse immer willkommen ist.

Das tschechische Bürgertum sieht sich daher sehnsüchtig nach Ersatz um und dieses Bedürfnis steigt; je mehr seine Macht steigt, desto größer ist sein Bedürfnis, diese Macht auch politisch zu verankern. Dazu kommen die persönlichen Ambitionen seines Führers, des Herrn Dr. Kramar, der als Hauptling der nur kleinen Partei der tschechischen Nationaldemokraten so gar keine Möglichkeit gegeben sieht, seine Königsträume, in denen er sich als Oberhaupt des tschechoslowakischen Volkes sieht, verwirklichen zu können. Darum hat er zur Verstärkung der dünnen Reihen der Nationaldemokraten und als Konkurrenzunternehmen zu den tschechischen Sozialdemokraten und zu den Nationalsozialisten eine eigene „Arbeiterpartei“ seiner Partei als Anhängel geschaffen. Man kennt die Mittel der Unternehmer, mit denen für solche „Arbeiterparteien“ von ihnen gewonnen wird, und man kennt auch die Beschaffenheit jener paar Prospektier, die sich als Klassenverräter für solche „Parteien“ einfangen lassen. Man weiß, es sind Indifferente, politisch Ungebildete, Streber und Knechtseelen, die sich erhöht und beglückt fühlen, wenn ihnen in einer Versammlung von ihren bürgerlichen „Vollsgenossen“ die Hand gedrückt wird, und die sich darob als selber zur Klasse der „besseren Leute“ erhoben ansehen. Obwohl es ausgeschlossen ist, daß ehrliche, denkende, selbstbewußte und politisch erfahrene Arbeiter auf den Schwindel der „nationalen Arbeiterparteien“ hereinfallen können, denn ihnen wird durch den Kapitalismus das nötige Klassenbewußtsein immer wieder eingepaukt, so berühren Herr Dr. Kramar und die Seinen die sogenannte „nationaldemokratische Arbeiterpartei“ als eine stolze Hoffnung.

Vor einigen Tagen hat nun diese „Partei“ der tschechischen nationaldemokratischen Arbeiter in Prag ihren — man verzeihe den Mißbrauch des Wortes! — „Parteitag“ abgehalten. Es war alles da, was die Nationaldemokraten an feinem und Vornehmen, an Kapazitäten und Würdenträgern aufzuweisen

## Die Antwort Sowjetrußlands.

Verhandlungsbereitschaft und Ernennung Rakowskis zum Vertreter in London

London, 8. Feber. (A.N.) Der Vertreter der ZS.S.R. in London, Rakowski, überreichte heute dem Premierminister Macdonald die Antwort der russischen Regierung auf die britische Note, welche die Sowjetregierung als rechtmäßige Regierung Rußlands anerkennt. In der Antwort wird die Anerkennung zur Kenntnis genommen und erklärt: Die Regierung des Bundes der russischen sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt in Bekundung des Willens des zweiten Kongresses der ZS.S.R., demzufolge die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Nationen Großbritanniens und des Sowjetbundes auch weiterhin zu den ersten Aufgaben der Bundesregierung gehören wird, daß sie bereit ist, alle Fragen, die sich direkt oder indirekt aus der Anerkennung Sowjetrußlands durch England ergeben haben, in freundschaftlichem Geiste zu verhandeln und zu erledigen. Die Sowjetregierung gibt dabei bekannt, daß sie bereit ist, zu einem Abkommen mit der britischen Regierung in der Richtung zu gelangen,

daß die alten Verträge, welche gekündigt wurden oder die infolge der Ereignisse während des Krieges oder nach dem Kriege die Rechtsgültigkeit verloren haben, durch neue Verträge ersetzt werden. Zu diesem Zwecke ist die Regierung des Sowjetbundes bereit, in unmittelbarer Zukunft mit Vollmachten ausgestattete Vertreter nach London zu schicken. Der Note wird hinzugefügt, daß die Regierung in voller Übereinstimmung mit dem Standpunkte der britischen Regierung der Ansicht ist, daß das gegenseitige Vertrauen und der Grundgedanke der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten die unentbehrlichen Vorbedingungen zur Stärkung und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern bildet. Zum Schlusse wird der britischen Regierung beantragt, daß der bisherige russische Vertreter Rakowski zum Sowjet-Chargé d'affaires in London ernannt wurde.

## Rußland—Italien.

Die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen.

Rom, 7. Feber. (Stefani.) Wie bereits gemeldet, ist der italienisch-russische Vertrag heute abends unterfertigt worden. Übereinstimmend mit der vom Ministerpräsidenten Mussolini am 30. November am Parlamente abgegebenen Erklärung, teilte dieser am 31. Jänner der russischen Delegation bei der Schlußberatung über den Handelsvertrag mit, daß Italien nach Abschluß dieses Vertrages die Frage der de jure-Anerkennung der Sowjetregierung als gelöst betrachten werde. Die italienische Regierung werde sodann sofort einen Botschafter bei der Regierung in Moskau ernennen. Die diplomatischen Beziehungen der beiden Staaten sind demnach mit dem heutigen Tage, dem 7. Feber, wiederum aufgenommen und geregelt.

## Lloyd Georges „Eckhüllungen“.

London, 8. Feber. In einer Erklärung in der „Daily Chronicle“ stellt Lloyd George, wie wir bereits gestern gemeldet haben, in Abrede, der „New York World“ die angebliche Unterbrechung gegeben zu haben. Er erklärt, daß die vom französischen Auswärtigen Amte veröffentlichten Mitteilungen über die Vorgänge in dem kritischen Augenblick während der Friedenskonferenz im wesentlichen richtig seien. Es sei lächerlich, das von Wilson und Clemenceau während seiner Abwesenheit von Paris geschlossene Übereinkommen über die militärische Besetzung des Rheinlandes und über die amerikanische Garantie für die Sicherheit der französischen Grenzen gegen die deutschen Angriffe als Geheimabkommen darzustellen. Wilson habe vollkommen loyal gehandelt.

Zum Schlusse bekräftigt Lloyd George, daß bevor er irgend etwas von der angeblichen Unterbrechung gehört habe, dem Auswärtigen Amte mitgeteilt habe, daß er in der Veröffentlichung der Schriftstücke über die Pariser Konferenz, von denen die meisten bereits in Frankreich oder Amerika veröffentlicht seien, nichts Nachteiliges sehen könne.

## Ein Opfer des Klassenkampfes.

Johann Solinger zum Gedenken.

Kein offener Sieg in offener Schlacht —  
Es fällt ihn die tscheische Niedertracht.

Zehn Jahre sind es, seit in Tetschen eine Tat geschah, die die Arbeiterschaft in Nordböhmen jählich schwer erschütterte und ihr in größter Deutlichkeit zeigte, daß im Kampfe zwischen Arbeitern und Unternehmern, letztere sich Bundesgenossen bedienen, die dem tiefsten Schmerz und Zorn ergriffen, weit über die Grenzen Böhmens hinaus, überall dort, wo es Klassenbewußte Proletarier gab, flammte grenzenlose Erbitterung über das begangene schändliche Verbrechen eines Streikbrecheragenten auf.

Am 8. Feber 1914, während des Streiks der Buchdruckergehilfen, wurde in Tetschen der Maschinenmeister und Tarifmann, G. Johann Solinger von dem verächtlichen, siebenmal vorbestraften Streikbrecherwerber Keiling erschossen.

Die Parteigenossen, die damals in näherer Beziehung zu Solinger standen und die das Verhalten der Unternehmer am Orte kennen gelernt hatten, werden heute noch nach zehn Jahren tiefe Bitternis empfinden, denn das Todesopfer hätte vermieden werden können. Der „Nordböhmische Volksbote“, übrigens das einzige Blatt im Bezirke, das sich der Streikenden angenommen hatte, veröffentlichte schon am 7. Feber eine Liste über sämtliche Vorstrafen des Streikbrecherwerbers, aus der hervorging, daß er wegen Körperverletzung, Betrug, Kuppelei, Diebstahl, Hehlerei, Nötigung bereits sechzehnmal vorbestraft war und neun Jahre im Gefängnis und Zuchthaus zugebracht hatte. Diefem Verbrecher hatte die Proger Polizeidirektion am 3. Jänner 1914 einen für drei Monate gültigen Waffenspaß ausgestellt. Die Bezirkshauptmannschaft in Tetschen, die durch den „Volksboten“ Kenntnis von den Eigenschaften des Streikbrecherwerbers Keiling hatte, sah sich nicht bemüht, ihm das Handwerk zu legen. Hätte sie, wie es angebracht gewesen wäre, Solinger über die Grenze gebracht, so wäre die Tatstat verhindert worden. Diese Laune der Behörde schießt natürlich keineswegs die weit größere Schuld der Unternehmer aus, die sich des verächtlichen Werkzeuges zum Zwecke ihrer schmutzigen Profitinteressen bedienen.

Der Streik der Buchdruckergehilfen Oesterreichs schloß am 27. Dezember 1913 ein und war

hat. Diese Kreise der nationaldemokratischen Gesellschaft war es auch, welche die geistigen Kosten der Referate und Debatten bestritt. Die erschienenen paar Gruppen von Arbeitern beschränkten sich darauf, zu schweigen und zu applaudieren. Es war wie im politischen Paradies des Kapitalismus: die „Herren“ führten das große Wort, die Arbeiter nahmen mit der Rolle der Statisten und Claqueure vorlieb. Da waren: Dr. Verunač, der Sekretär des tschechischen Industriellenverbandes, der Minister Ing. Novak, Sis, der Redakteur der „Karobni List“, die Herren Dr. Kramar, Dr. Matoušek und der Abgeordnete Viktor Dufk, die alle das Wort ergriffen und als Sänger des Liedes von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit sich auf dem Brett produzierten.

Als Tenor in dieser Harmoniegemeinde trat natürlich Herr Dr. Kramar in selbige Person auf. In der Eingangstrophe seiner Ballade vom wohlthätigen Kapitalismus flötete er süß wie eine Nachtigall, die Nationaldemokratie sei „keine sogenannte Bourgeoispartei“. Dann ließ er Brusttöne steigen: „Es müßte ein armseliges Volk sein, das nicht immer an das Volksganze denkt.“ Bekanntlich denken Kramar, die tschechischen ebenso wie die deutschen Kapitalisten niemals an sich und ihre Taschen, sondern schauen immerzu auf — das „Volksganze“. Der edle Sänger wurde noch kühner: „Da wir alle Angehörige eines gemeinsamen Volkes sind, sind wir alle Brüder, ob wir nun Arbeiter oder Unternehmer sind.“ Der erhebende, rührende Sang muß den versammelten Arbeit-

tern tief zu Gemüte gegangen sein, denn nun durften sie sich alle als Brüder des Millionärs Dr. Kramar und all der anderen Kapitalisten fühlen, deren Bruderliebe sie bisher nur darin erkannten, daß sie ihnen die Pöhne kürzten, sie nach Bedarf auf's Pflaster warfen und ihnen die Arbeitszeit zu verlängern suchten. Das hohe Erkomm Herr Dr. Kramar, als er vom „harmonischen Zusammenarbeiten aller Schichten des Volkes“ beweglich sang und das stimmungsvolle Lied in die Worte ausklang: „Wir haben deshalb gegenseitige Bruderpflichten“. Wahrscheinlich in Erfüllung dieser gegenseitigen Bruderpflichten haben die Klassengenossen des Herrn Dr. Kramar alles darangesetzt, die Hauptlasten im Staate den Arbeitern zuzuschieben und in ihren Betrieben aus der Arbeitskraft ihrer Arbeiter den möglichst höchsten Profit herauszupressen. Reinstige Bruderliebe war es wohl auch, wenn die Agrarier für die Produkte ihrer Wirtschaft Wucherpreise forderten und die Verkäufer noch immer einige Prozent auf den Preis der Waren schlugen.

Auch auf dem „Parteitage“ wurden den nationaldemokratischen Arbeitern gleich einige Proben der Bruderliebe gegeben. Das ihnen präsentierte Parteiprogramm umfaßt fünf Gebote dieser Bruderliebe der Bourgeoisie: 1. die Ehrung des Individualismus, was mit anderen Worten heißt: Respekt vor den „starken Einzelnen“, wie sie in Dr. Kramar ähnlich wie in Gisser, Mussolini und Gorthy von der Vorsehung namhaft gemacht wurden. 2. Keine Bekämpfung des Kapitalismus und keine Aufhe-

bung gegen den Reichtum. 3. Bewertung der Arbeit nach der Leistung, beziehungsweise nach den Unternehmerrmethoden und nach der Kapitalulation. 4. Zufriedenheit mit dem Existenzminimum. Sparen, Ermöglichung der Kapitalsbildung. 5. Ablehnung aller Unzufriedenheit, aller Streiks, aller Kämpfe gegen die Unternehmer und Glaube an die Harmonie der Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Das ist der Extrakt aus dem Arbeiterprogramm, das vom Sekretariat der nationaldemokratischen Partei ausgearbeitet und dem betagten Parteitag vorgelegt wurde. Na, viele dumme Gimpel werden auf dieser Leimspindel nicht haften bleiben!

Dieses bürgerliche Arbeiterprogramm ist demnach höchst interessant. Es ist ein historisches Dokument für das Denken der Bourgeoisie, natürlich nicht nur jener des tschechischen Volkes. Es ist aber auch ein politisches Zeitdokument, weil es zeigt, was alles im Zeichen der Koalition der tschechischen Großbourgeoisie mit den tschechischen Sozialisten möglich ist. Auch die deutschen Arbeiter können daraus lernen, denn der Geist des Dr. Kramar, der über dem Parteitag schwebte, ist der Geist der Besitzklassen überhaupt. Lasset die deutsche Bourgeoisie ein Programm dafür ausarbeiten, wie sie sich die politische und soziale Rolle der Arbeiterschaft vorstellt und wünscht, es wird genau so ausfallen. Das gemeinsame Ziel aller ist die Verklärung der Arbeit! Die Folgerungen daraus zu ziehen, hält nicht schwer!

am 23. Feber 1914 beendet. Innerhalb dieser neun Wochen boten die Unternehmer alles auf, um die Streikenden unterzukriegen und sein, aber auch kein Mittel, das diesem Zwecke dienen konnte, blieb unberührt. In den Druckereien bürgerlicher Zeitungen arbeiteten Redakteure, so beim „Prager Tagblatt“ die Herren Kay, Korn, Dr. Rychonowsky, Löw, Steiner, Dr. Fischel und Winterstein. Doch es sich den Unternehmern um weit mehr handelte, als um einen Lohnkampf, plauderte die „Bohemia“ aus, die unerbittlich schrieb, daß es sich um mehr als einen Lohnkampf handle, nämlich darum, „nicht das gesamte Bürgertum dem beispiellosen Terrorismus der Sozialdemokratie und ihren nachwürgigen Verfalls nach unumschränkter Herrschaft auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete auszuliefern.“ Mit anderen Worten, die Unternehmer hatten den Tanz begonnen, um die Organisation der Arbeiter zu erschlagen und dazu wurde das gesamte Bürgertum aufgerufen.

Das es den Gehilfen nicht um politische Ziele zu tun war, konnte einwandfrei durch die eine Tatsache bewiesen werden, daß die Mehrzahl keine Sozialdemokraten waren. Erkennen mußten sie allerdings, daß die Phrase von der deutschen Volksgemeinschaft eben nur eine Phrase ist, denn die deutschen der deutschen Unternehmer scheuten sich nicht, mit den vielverkauften Juden eine Front gegen die Gehilfen zu bilden. So brachte die Reichsberger „Deutsche Volkszeitung“ Textmattern aus der „Bohemia“ und das Judenblatt sorgte getreulich für das „Antisemitentum“. Die sonst gezeigten Gegenstände der Unternehmern aller Nationen und Rassen verwickelten sich vollständig und der Klassenkampf in schärfster Form zeigte sich. Die deutschnationalen Abgeordneten taten ein übriges, um selbst dem blödesten Auge den wahren Charakter des Kampfes zu zeigen. Der Abg. Schürff brachte eine von Unwahrheiten strahlende Interpellation gegen die Buchdruckergehilfen ein und eine Abordnung, an der neben Raab auch Pro, Schürff, Deneß teilnahmen, forderte vom Minister Seimold Schutz der Arbeitwilligen.

Arbeitswillige wurden und werden die Dummen genannt, die als Unternehmerhelfer gegen ihre kämpfenden Kollegen aufzutreten und die Kampfesfront zu erschüttern versuchten, um ein seit fünf Jahren vielgebrauchtes Wort anzuwenden. Im Bezirke Teitschen waren es die Herren Bretschneider und Stopp, die am rücksichtslosesten auftraten und alles daran setzten, um Streikbrecher aufzutreiben. Hierbei bedienten sie sich eines ausgeprägten Verbrechens, eben des Streikbrecherentzuges Paul Keilung, der obendrein im Dienste der preussischen Geheimpolizei stand, wie Genosse Adolf Hoffmann im preussischen Landtag nachwies. Dieser Keilung erhielt für die Lieferung jedes Streikbrechers vierzig Kronen und trieb so den infamsten Menschenhandel für die Deutschen Breitschneider und Stopp.

Am 6. Feber brachte Keilung für das „Nordböhmische Tagblatt“, das seinerzeit nicht weniger schamlos und verblüfft war, wie heute, Streikbrecher, ebenso am 7. Feber abends. Der Agent, der im Hotel „Stadt Prag“ in Teitschen übernachtete, zeigte da seinen Browning. Einige Buchdruckergehilfen verlangten von der Polizei und Gendarmerie die Begnadigung der Waffe, welchem Verlangen leider nicht entsprochen wurde. In der Nacht noch begab sich Genosse Solinger als Tarifmann von Bodenbach nach Teitschen und wartete mit einigen Kollegen im Gastzimmer des Hotel „Stadt Prag“ den Morgen ab. Um 7 Uhr früh erschien Keilung mit dem tags vorher gebrachten Streikbrecher. Ein Buchdrucker wollte mit letzterem ein Gespräch beginnen. Keilung mischte sich sofort ein und als Genosse Solinger hinzutrat und sagte, er werde selbst mit dem Streikbrecher reden, sprang Keilung auf und schrie: „Was wollen Sie von mir, wenn Sie noch eine Silbe sagen, sind Sie ein Leich!“ Als Genosse Solinger antwortete: „Sie schießen nur einmal!“ brachte unmittelbar darauf ein Schuß aus dem Browning Keilung und Solinger stürzte in den Hals getroffen nieder. Der Getroffene blieb bei Bewußtsein, doch, obwohl er noch im Laufe des Vormittags operiert wurde, konnte sein Leben nicht gerettet werden. Am 9. Feber, 7 Uhr früh, hatte der gesunde, kräftige Mensch ausserungen und ein Herz, das geläutert für die Befreiung der Menschheit stand für immer. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aber, waren, als die Nachricht von dem Tode ihres Genossen, ihres Mitkämpfers zu ihnen gelangte, in den ersten Stunden fassungslos vor Schmerz und Bestürzung. Frauen und Männer schrien laut und konnten es nicht fassen, daß der Kampfgenosse, der noch vor wenigen Stunden gesund und blühend in ihrer Mitte war, nun auf ewig verstummt sein soll. Dann aber kam die Empörung auf über das furchtbare Geschick, über die Tat des Verbrechens, über die Gleichgültigkeit der Behörde und über die moralische Verkommenheit jener Unternehmer, die sich eines Verbrechens für ihre Zwecke bedienten.

Diese gewaltige Empörung kam dann am Abend des 11. Feber (nachmittags war Solinger begraben worden) in einer Versammlung in Teitschen zum Ausbruch. Diese Versammlung war die stärkste, die in dem betreffenden Versammlungsorte stattfand und mit größter Leidenschaftlichkeit wurde das Verbrechen und seine Urheber verurteilt. Die bürgerliche Presse war niederträchtig und schamlos genug, die Beschönigung der gräßlichen Mordtat zu versuchen. In diesem Schandtreiben waren sie alle einig. Die völkischen und die jüdischen Blätter wie: „Bohemia“, „Nussig-Rabitzer Volkszeitung“, „Deutsches Volksblatt“, „Haidauer Volksanzeiger“ und

„Nordböhmische Tagblatt“. Die Mordtat sei verurteilt, die soziale Demokratie durch die Verhinderung verursacht worden. Schließlich schienen sie sich des Tiefstandes ihrer eigenen Moral bewußt geworden zu sein und sie mochten fühlen, was sie eigentlich verdienten. Vor dem Leichenbegängnisse des getöteten Genossen brachten die „Reichsberger Zeitung“ das „Prager“ und das „Nussiger Tagblatt“ übereinstimmend aus Teitschen die Meldung: „Es werden Ausschreitungen befürchtet.“ Wohl lohnte das Blut in den Adern der nach vielen Tausenden zählenden Leidtragenden, die dem Sarge ihres toten Genossen folgten, wohl zitterten die Herzen voll Empörung über die Schandpresse, die Teilnehmer des Leichenbegängnisses waren sich aber auch bewußt, daß sie den toten Kämpfer nur würdig ehren, wenn absolute Ruhe bewahrt wird. Durch den schweigenden Ernst, der sich in jedem Gesicht ausdrückte und die imponierende Ruhe wirkte der Leichenzug überwältigend. Ohne Priesergerlei, ohne Gloden- und Fanfarenklang, ohne Kreuz am Leichenwagen bewegte sich der Zug vom Teitscher Krankenhaus durch die Stadt über die Kettenbrücke nach Bodenbach, vorerst bis zur Volkshalle. Nach einer ergreifenden Abschiedsrede des Genossen Cermak, der für die Landespartei sprach, ging der Zug zum Friedhof weiter. Die Behörde wurde von bürgerlicher Seite zu beeinflussen versucht, den Umweg, den der Leichenzug in Bodenbach nahm, nicht zu gestatten und das Bodenbacher Bürgermeistamt äußerte die größten Befürchtungen, es könnte dabei etwas Unerhörtes geschehen.

Genosse Johann Solinger wurde am 19. Juli 1879 in Langenau bei Haida geboren. Am 9. Feber 1914 erlosch das Leben in ihm. Kurz vor seinem Tode bat er noch, sich seiner Frau und Kinder anzunehmen. Fünf Kinder standen an der Bahre ihres Ernährers und mit dem sechsten Kinde befand sich die Gattin in geeigneten Umständen. Die organisierte Arbeiterschaft, insbesondere die Buchdruckerorganisation, hat den letzten Wunsch des Opfers des Klassenkampfes nicht vergessen. Sie setzte dem Tode auch ein einfaches Grabdenkmal, zu dem sie nächsten Sonntag wandern und einen Kranz niederlegen wird. Dabei wird sich die organisierte Arbeiterschaft aufs neue geloben, weiter zu kämpfen und nicht zu ruhen und zu rasten, bis durch die „Aufhebung dieser bürgerlichen Ordnung, das ist des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Ueberführung derselben in das Eigentum der Gesellschaft, dieser letzte Klassengegensatz aus der Welt geschafft und der Klassenkampf überhaupt beseitigt ist“.

Genosse Solinger ist ein Opfer dieser bürgerlichen Ordnung, er ist im erbitterten Ringen der zwei Menschenklassen gefallen und an dem Tage, an welchem es sich zum zehntennmal jährt, daß wir seine sterbliche Hülle der Erde übergeben, geloben wir feierlich, mit allen unseren Kräften im Sinne des Totes für die sozialistische Gesellschaft zu streiten. Damit ehren wir ihn und uns!

## Inland.

### Ein revolutionierter Bezirk.

So kann wohl der Raabener Bezirk angesprochen werden, dessen Parteiorganisation nach der verhängnisvollen Spaltung fast zur Gänze den kommunistischen Volksblutrevolutionären in die Hände fiel. War dieses Organisationsgebiet schon damals eine der stärksten Bastionen der Arbeiterbewegung im nordwestböhmischen Agrargebiet, dann liegt die Vermutung nahe, daß inzwischen durch die Revolutionierungsarbeit der Schubert und Konsorten weitere gewaltige Fortschritte erzielt worden sind. Aus einem Bericht der „Internationale“ über die am 27. Jänner stattgegebene kommunistische Bezirkskonferenz in Raaden geht aber das Gegenteil hervor. Nach diesem Berichte waren ganze 36 Delegierte aus insgesamt 10 Lokalorganisationen erschienen, wozu noch bemerkt werden muß, daß höchstens die Hälfte der Lokalorganisationen tatsächlich funktioniert, während der andere Teil nur auf dem Papier besteht. Das wurde durch den Bericht des Bezirksvertrauensmannes bestätigt, der von der Notwendigkeit, den Markennamen zu „regeln“ sprach und die Tätigkeit (richtig wäre wohl Untätigkeit!) „mancher Lokalen“ kritisierte. Der revolutionäre Berichterstatter tröstete sich schließlich mit der Feststellung, daß in den meisten Lokalorganisationen „Ansätze zur regenerierten Parteilätigkeit“ vorhanden sind. Ansätze zu regerer Parteilätigkeit? Das soll wohl ein Ersatz für die Weltrevolution sein, die Herr Schubert den Raadener Arbeitern unzählige Male versprochen hat? Das ist der Erfolg mehrjähriger Revolutionierungsarbeit, daß aus den stolzen Arbeiterorganisationen des Raadener Bezirkes ein Trümmerfeld übrig blieb, auf welchem sich nun wieder schwache „Ansätze“ zu neuer Tätigkeit regen! Um dieses Resutates Willen mußte gespart werden, mußte der wilde Bruderkampf gegen die sozialdemokratischen Vertrauensmänner und Arbeiter inszeniert werden? — Jetzt möchten sich die kommunistischen Bankrotteure im Raadener Bezirke auf die Wirtschaftskrise ausreden, um ihr jämmerliches Fiasko zu verdecken. Aber sie selbst haben dafür gesorgt, daß in den Betrieben, wo Arbeit vorhanden war (siehe den großen Werksbau) der Indifferentismus großgefördert wurde. Während sie ihre Aufmerksamkeit darauf konzentrierten, um jeden Preis und mit allen Mitteln den Wiederaufbau der sozialdemokratischen Bewegung zu verhindern,

haben sie den Gehilfen liebevoll in den Sattel geholfen, indem sie mit diesem Marodenren des Klassenkampfes eine „Einheitsfront“ bildeten. Das Ergebnis dieser ebenso dummen, wie verräterischen Handlungsweise ist nun, daß aus der ehemals kommunistischen Hochburg ein Zentrum der Nationalsozialisten geworden ist. Und wenn die sozialdemokratischen Vertrauensmänner nicht unerlässliche und erfolgreiche Aufbauarbeit leisten würden, könnte man heute schon den Tag ausrechnen, an welchem die Arbeiterschaft dieses Bezirkes durch die kommunistischen Revolutionierer vollends den Helferkreuzern in die Hände getrieben sein wird. So haben die Kommunisten den Raadener Bezirk „revolutioniert“! Daß wir darauf hinweisen, hat seinen Grund nicht darin, weil wir wieder einen neuen Krakeel mit diesen Leuten vom Zaune brechen wollten. Da jedoch der Raadener Bezirk das einzige Gebiet Nordwestböhmens ist, in welchem die Kommunisten einen überwiegenden Einfluß erlangen konnten, so ließe sich aus seinem Beispiel leicht schließen, was aus der Arbeiterbewegung des ganzen Kreisgebietes geworden wäre, hätten sie die nichtswürdigen Sozialverräter nicht vor dem Schicksal einer solchen Revolutionierung bewahrt.

### Heimliche Hakenkreuzler als — Antifaschisten.

Ja, so etwas gibt es auch, und zwar ist es die „Sudetendeutsche Tageszeitung“, — die unter lebenswürdiger Duldung der Nationalsozialisten als deutschnationales Blatt erscheint — und die sich am Dienstag in einer für Hakenkreuzler klassischen Weise mit Mussolini und dem Faschismus auseinandersetzt. In dem betreffenden Leitartikel wird zunächst festgestellt, daß „die Heilsbotschaft des Faschismus eine zeitlang auch nicht-italienische Köpfe verdrängt hat“. Die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ erinnert sich,

„daß lernbegierige Leute von München nach Rom gezogen sind, um zu sehen, was der Meister und seiner Jünger Faschismus zu studieren, und immer wieder hieß es, daß in Berlin deutsche völkische Kreise einen Kurierdienst mit Rom unterhielten. Auch von Wien führten damals verschiedene Wege nach der Hauptstadt Italiens. Die italienischen Staatsbahnen haben damals manche Lire an gut deutscher Regierung verdient. Und in der Tschechoslowakei ist es nicht anders gewesen.“

Der Verfasser des Artikels will zwischen den Zeiten lesen lassen, daß er und die Seinen zu diesen Rompilgern nicht gehörten. De jetzt, ausgerechnet von der „Sudetendeutschen Tageszeitung“, einen kausalen Tadel einstecken müssen. Wir dagegen wissen sehr wohl, daß die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ bis vor kurzem genau so begeistert von Mussolini und dem Faschismus war, wie die übrigen hakenkreuzerischen Organe. Und nun auf einmal wendet es sich vom Faschismus ab? Ein Glück, daß das Blatt die Lösung dieses Rätsels gleich selber gibt. Die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ hat nämlich entdeckt, daß Mussolini und der Faschismus nicht konsequent antisemitisch sind, daß der Diktator Italiens jüngst sogar den Oberabbiner von Rom empfing und daß einer von Mussolinis Vertrauten ein Jude ist. Voll Staunen und Abscheu stellt die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ fest, „daß Aljuden den italienischen Faschismus pünktlich eingefangen hat“ und richtet darum an alle hundertprozentigen Hakenkreuzler folgenden kategorischen Imperativ: „Der Faschismus muß für jeden völkisch gesinnten Deutschen erledigt sein.“ Es scheint, als ob in gewissen deutschen nationalen Kreisen sich ein dringendes Bedürfnis regte, ein wenig vom Fanatismus Mussolinis abzurücken. Doch der Grund, den die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ hierfür anführt, ist erlogen und erschwindelt. Denn daß die italienischen Faschisten nicht so wie die Hakenkreuzler Antisemiten sind, ist sicherlich nicht die Ursache der plötzlichen antifaschistischen Stimmung der „Sudetendeutschen Tageszeitung“ und ihr Abrücken vom Faschismus ist auch durchaus nicht erst zu nehmen, ihre Sympathien werden weiter bei den Faschisten verweilen, die so prächtigen Sozialisten und Arbeiter tolschlagen und die Bannerträger der Reaktion in Europa sind. Unseren Deutschnationalen scheint die Freude an dem herrlichen Gebeiz des italienischen Faschismus nur dadurch ein wenig verbodren worden zu sein, daß sich dessen Willen auch gegen die Deutschen Südtirols richtet. Da diese und ihre Leiden bisher von den Hakenkreuzlern eben durch deren Sympathien für den Faschismus einfach ignoriert worden sind und wir schon wiederholt die sich darin zeigende Verbrüderung zwischen den deutschen Hakenkreuzlern und den italienischen Faschisten aufgezeigt haben, haben die Deutschnationalen und die deutschen Nationalsozialisten nun nach irgend einem Vorwand, der Deffentlichkeit versichern zu können, daß ihre Liebe zur italienischen Kontrevolution nicht ganz ungetrübt ist. Und da nahe sich nun wie ein rettender Engel der Oberabbiner von Rom, den Mussolini nicht einfach nach Hakenkreuzlerart sofort erschlagen hat. Daß in Italien neben Sozialisten und Kommunisten nicht auch die Juden systematisch verfolgt werden, verleiht angeblich das stiftliche Empfinden der „Sudetendeutschen Tageszeitung“, von dessen Höhe auch die in demselben Artikel dieses Blattes enthaltene Würdigung für Benin zeugt. Die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ empfindet es nämlich „als einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit, daß die Hand, die das Todesurteil für hunderttausende unschuldiger Menschen, deren Verbrechen in erster Linie darin bestand, daß sie keine Juden waren, unterschrieben hat, von Sähmung befallen wurde.“ Doch

dies nur nebenbei. Der „Sudetendeutschen Tageszeitung“ wird es nicht gelingen, irgend jemanden davon zu überzeugen, daß es ihr mit ihrem Abrücken vom Faschismus und dessen Methoden ernst ist. Die Hakenkreuzler in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei sind die natürlichen Verbündeten der von Mussolini in Italien repräsentierten Kontrevolution und die Sympathien der Reaktionsäre untereinander werden nicht verblasen, gleichviel ob hier oder da der Antisemitismus im Vordergrunde steht oder nicht.

### Minister Franke will demissionieren.

In politischen Kreisen ist es längst kein Geheimnis mehr, daß die Stellung des Ernährungsministers Franke erschüttert ist. Minister Franke gilt als zu schwach, um sein obenhin von bürgerlicher Seite stark angefeindetes Ressort, das Ernährungsamt, zu verwalten und einen wirklichen Kampf gegen die Teuerung zu führen. Der in der letzten Zeit steigende Index der Lebens- und Bedarfsartikelpreise macht die Sache neuerdings aktuell und das „Ceste Slovo“ verrät tatsächlich nichts Neues, wenn es mitteilt, daß Minister Franke „sein Kreuz nicht länger mehr ertragen“ könne. Die bevorstehende Demission Frankes ist hauptsächlich durch die Angriffe, die die tschechischen Sozialdemokraten im „Pravo Lidu“ und innerhalb der Koalition wegen der Untätigkeit des Ernährungsministeriums gegen die tschechische nationalsozialistische Partei richten, verursacht. „Pravo Lidu“ fragt nämlich, was der Minister im vergangenen Jahre gegen die steigende Tendenz der Lebensmittelpreise unternommen habe und dafür wird es vom „Ceste Slovo“ tüchtig ausgeschimpft. Das „Ceste Slovo“ nennt die tschechischen Sozialdemokraten „Briganten“, „unehrliche Leute“, „Fislaus“, „Eskamoteure“, „Grobiane“, „Demagogen“ usw.

Es ist zu hoffen, daß ein energischerer Mann im Ernährungsressort, der hoffentlich Franke folgen wird, der Hydra der Teuerung erfolgreich entgegenzutreten wird.

### Landes- und Bezirksverwaltungs-Kommissionen.

Die Koalition hat den Plan einer Reorganisation der Landesverwaltungs-Kommissionen für Böhmen fallen gelassen. Als Grund wird angegeben, daß die Landesverwaltungs-Kommission nicht nach dem Schlüssel aus den Gemeindevahlen ernannt wurde, so daß ihre Funktionsperiode so lange wie die Wahlperiode des Abgeordnetenhauses dauern soll. Das selbe gilt auch für die übrigen Landesverwaltungs-Kommissionen in den anderen historischen Ländern.

Die Vertagung der vorbereiteten Ernennung der neuen Bezirksverwaltungs-Kommissionen in Böhmen wurde durch Konflikte unter den Koalitionsparteien in der Frage der Vorherrschaft dieser Kommissionen verursacht. Während die Reorganisation der Kommissionen nach dem Ergebnisse der Gemeindevahlen keine Schwierigkeiten bereitet, stieß der früher angenommene Grund auf Widerstand, daß der Vorsitzende der Kommission in den tschechischen Bezirken stets der Vertreter der stärksten Koalitionspartei im Bezirke sein soll. Nach diesem Grundgesetz würden die Präsidien in wenigstens 90 Bezirksverwaltungs-Kommissionen den Agrariern zuzufallen, während auf die übrigen Parteien des Präsidium nur in 30 Kommissionen entfallen würde. Deshalb haben die sozialistischen Parteien die notwendige Mobilisierung dieses Prinzips gefordert, was, wie „Lidove Roviny“ melden, in einem solchen Maße gesehen wird, daß ihre Ansprüche zufriedengestellt werden.

### Die Senatspräsidentenwahl.

Ueber die von uns bereits erwähnte Sitzung des Präsidiums des Senats teilt „Ceste Slovo“ mit: „Ueber die Person des Kandidaten des Klubs der tschechischen agrarischen Senatoren für den Präsidentenposten ist bisher noch nicht entschieden worden; es ist aber höchst wahrscheinlich, daß der Vorsitzende des agrarischen Klubs Senator Donat kandidiert werden wird. Nach der Sitzung, in welcher die Wahl des Präsidenten vorgenommen werden wird, wird eine zweite formelle Sitzung stattfinden, in der verschiedene Vorlagen den Ausschüssen zugewiesen werden. Im Laufe der bevorstehenden Session soll auch über die Einsetzung eines weiteren, des fünften Vizepräsidenten des Senats, auf den die Nationaldemokratische Partei Anspruch erhebt, entschieden werden. In der gestrigen Sitzung des Präsidiums teilte Vorsitzender Vizepräsident Koblach mit, daß die Nationaldemokraten den Wunsch ausgesprochen haben, daß auch sie im Präsidium der Kammer vertreten seien und er bemerke hierzu, daß kein Grund vorhanden sei, diesen Wunsch nicht zu entsprechen. Aktuell ist die Angelegenheit bisher nicht, weil die Nationaldemokraten diesen Wunsch nicht offiziell verdolmetscht haben. Als Kandidaten für diese Stelle kommen die Senatoren Dr. Franta und Dr. Trahaec in Betracht. Die Vermehrung der Vizepräsidentenstellen erfordert allerdings auch eine Abänderung der Geschäftsordnung, und dies auf Grundlage eines Beschlusses beider Kammern.“

Der König der Verwandlungskünstler — wir meinen natürlich den König der politischen Verwandlungskünstler — Herr Dr. Alexander Schilling produziert sich derzeit in seiner neuesten Rolle. Schilling, von dem sich die Sozialdemokratie vor Jahren rechtzeitig befreit hat, nummelte sich seitdem wieder im bürgerlichen

Lager herum. Eine Zeitlang war er Schriftleiter der „Egerer Zeitung“, bald darauf aber schwamm er in das nationalsozialistische Fahrwasser und die ersten Jahre nach dem Umsturz trat er sogar als Führer der nationalsozialistischen Partei auf. Dann verschwand er und tauchte erst über eine Weile als Schriftleiter eines deutschnationalen Blattes in Troppau auf. Und nun, nachdem sich Herr Schilling fünf Jahre hindurch als wütendster Antisemit und Hakenkreuzler betätigt hat, erfährt man, daß er wiederum „Hauptführer“ der „Egerer Zeitung“ geworden ist, die, wie gesagt, ein „demokratisches“ Blatt mit jüdischem Einschlag ist. Also ist wieder einmal aus dem Hakenkreuzler ein Liberaler, aus dem Kampfgemeinschaftler ein Arbeitsgemeinschaftler geworden. Bei der Tüchtigkeit und Wandlungsfähigkeit des Herrn Schilling wird es wohl nicht lange dauern, bis ihn der Herausgeber irgend eines christlichsozialen Blattes für sich gewinnt, vorausgesetzt, daß er ihm ein paar Kronen mehr zahlt. Die Bestimmungsfähigkeit dieses Journalisten und Politikers, der unter den verschiedenen Stationen seiner Laufbahn am längsten bei den Nationalsozialisten verweilt, charakterisiert nicht nur den trefflichen Mann selber, sondern auch die nationalsozialistische Partei, deren Wortführer und „Theoretiker“ er so lange gewesen ist.

Eine geschäftlich-politische Bezirksverwaltung. Die Stadtgemeinde B. hat im Wege der politischen Bezirksverwaltung 7. fünfundsiebzig Stück der in der Staatsdruckerei erschienenen Ausgabe der Gemeindevahlordnung bezogen. Die politische Bezirksverwaltung berechnete den Preis für ein Stück mit drei statt zwei Kronen und verlangte außerdem den Preis für ein Stück Manipulationsgebühr von zwei Kronen für ein Stück. Nunmehr hat die Stadtgemeinde B. bei der politischen Bezirksverwaltung T. den Rückkauf des Ueberpreises von 82 Kronen angesprochen. Es scheinen noch immer nicht alle politischen Bezirksverwaltungen zu wissen, daß sie nicht berechtigt sind, Geschäfte zu machen.

### Devilenturie.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr.	.....	Dollar 2,31 00
Paris 100 .....	Schilling	Frank 10,67 50
Berlin 1 .....	Mark	122.000.000,00 00
Wien 1 .....	Schilling	Kronen 2,06 00 4

### Prager Kurie am 8. Feber.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1310 00	1310 00
1 Billion Mark	7.84 00	8.04 00
100 belg. Francs	142 50 00	144 00 00
100 schwed. Kronen	677 62 50	610 62 50
1 Pfund Sterling	159 30 00	151 70 00
100 Lire	152 50 00	154 00 00
1 Dollar	31 82 50	35 12 50
100 franz. Francs	162 00 00	163 50 00
100 Dinar	41 37 50	41 87 50
1000 mag. Kronen	11 52 50	12 82 50
1000000 belg. Mark	3 55 00	4 37 00
1000000 holl. Gulden	4 51 00	5 01 00

### Telegramme.

#### Bölkische Stimbombenwerfer.

Dresden, 8. Feber. (Eigenbericht.) Auch in der Dresdener Stadtverordnetenversammlung kam es, wie kürzlich in Berlin, zu großen Tumulten anlässlich der Beratung eines kommunistischen Antrages auf Dastentlassung eines kommunistischen Stadtrates. Die Deutschvölkischen hatten ihre Anhänger zahlreich auf der Tribüne versammelt und nach längerer Debatte wurden Stimbomben in den Verhandlungsraum geworfen, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte.

### Der Ruf der Wildnis.

Von Jack London.

Am Nachmittag lehrte Perrault, der eilige Depeschen aufgegeben hatte, mit zwei neuen Hunden zurück, die Billie und Joe hießen. Obwohl von derselben Mutter, waren sie so verschieden voneinander wie Tag und Nacht. Billies Fehler war seine allzu gumütige Natur, während Joe das gerade Gegenteil war, mürrisch und hinterlistig, mit ewigem Knurren und bösblickenden Augen. Bud empfing sie in kameradschaftlicher Weise, und Dave ignorierte sie; aber Spitz befiel sich, zuerst den einen und dann den anderen zu verprügeln. Billie wedelte beifühnend mit dem Schwanz, tief fort, als er sah, daß seine Sansinn nichts nützte, und schrie — aber immer noch beifühnlich — wenn die scharfen Zähne in seine Seite griffen. Joe aber, wie auch Spitz ihn umkreiste, drehte sich schnell auf dem Absatz um und leistete Widerstand. Dabei sträubten sich seine Haare, und er warf die Ohren zurück und die Lippen knurrend auf. schlug die Zähne, so fest er konnte, zusammen, und sah aus teuflisch glühenden Augen nach seinem Gegner — er war die Verkörperung von kriegerischer Furcht. Seine Entscheidung war so grimmig, daß Spitz darauf verzichten mußte, ihn zu schmeißen. Aber um seine eigene Niederlage zu vermeiden, wandte er sich gegen den arglosen und webedulden Billie und jagte ihn bis an die Grenzen des Lagers.

Am Abend brachte Perrault noch einen Hund mit, ein altes hageres Tier mit kampfnarbigem Gesicht. Er hatte nur noch ein Auge, aber sein Blick war achtungsgebietend und kündigte große Tapferkeit seines Besitzers an. Er hieß Sol-lefs, das „der Hornige“ bedeutet. Wie Dave, so forderte auch er nichts, gab nichts und erwartete

## Lawinentastrophe in den Alpen.

### Ein Personenzug verschüttet.

Wien, 8. Feber. (A. B.) Wie heute mittags aus Steyer gemeldet wird, ist in Diefenbach beim Bahnhofe eine 300 Meter lange und 30 Meter tiefe Lawine niedergegangen, die einen Personenzug und ein Fuhrwerk mit vier Personen und außerdem das Bett der Zugverschüttete. Die Gewässer der Enz haben sich infolge dessen bereits bis zum Bahnhofe angestaut. Zur Rettung der Verschütteten, und um den Bahnverkehr frei zu bekommen, hat die Bahnstation, bezw. die Bezirkshauptmannschaft Troden im Wege der Bezirkshauptmannschaft Steyer um Mittagsrasten in Linz angefordert, von wo aus nachmittags ein Hilfszug mit einer entsprechenden Anzahl von Rettungsmannschaften und Werkzeugen an die Unfallstelle angegangen ist. Bisher gelang es, nur den Lokomotivführer als verlorene Leiche zu bergen.

Graz, 8. Feber. (A. B.) Wie aus Selzthal berichtet wird, ist heute vormittags im Sredental eine Lawine niedergegangen, die drei Holzarbeiter und drei Schulkinder verschüttete. Von den letzteren konnten zwei in verletztem Zustande geborgen werden. Für die übrigen besteht wenig Hoffnung auf Rettung, die dadurch erschwert

wird, daß der Stredenbach durch die Lawine gestaut wurde und einen See gebildet hat.

Salzburg, 8. Feber. (A. B.) Nach einer Meldung des „Salzburger Volksblattes“ aus St. Wolfgang ging heute vormittags im Schreinbach bei Zinkenbach eine Grundlawine nieder, die ein arabisches Holzgebäude, in dem sich gerade ungefähr 30 Personen, meist Holzarbeiter, befanden, vollkommen verschüttete. Fünf Holzarbeiter, die in unmittelbarer Nähe arbeiteten, konnten sich noch retten. Sie nahmen sofort die Rettungsarbeiten auf. Ein Holzarbeiter konnte nurmehr als Leiche geborgen werden. Zwölf der Verschütteten waren schwer, die übrigen leicht verletzt.

Wien, 8. Feber. Wie der „Abend“ meldet, hat die Alpine-Montana-Gesellschaft an die Vertreter der Bergarbeiter ein Schreiben gerichtet, in dem das Unternehmen mit Rücksicht auf die über die Werke verhängte Sperre Auffklärung über die Stellung der Arbeiterfrage verlangt und bemerkt, daß es im Falle einer ungenügenden Antwort alle Forderungen ziehen und entsprechende Beschlüsse fassen würde.

### Die Marktzertümmung geht weiter?

#### Ausländische Spekulanten am Werke.

Berlin, 8. Feber. Der „Vorwärts“ schreibt, daß an den europäischen Börsen wieder ein neues Kesseltreiben gegen die Mark inszeniert worden zu sein scheint, deren Hauptträger anscheinend in Holland sitzen. Auffallend sei, daß von Holland und gewissen ausländischen Banken des besetzten Gebietes heute nach der Berliner Börse große Markverkäufe und auch Abgaben deutscher Effekten verlegt wurden. Der Berliner Börse habe sich infolge dessen eine gewisse Nervosität bemächtigt, jedoch beurteile man in seriösen Bankkreisen die Lage zuversichtlich.

### Sozialdemokratische Reichstagskandidaturen.

Berlin, 8. Feber. (Eigenbericht.) In einer Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei in Chemnitz referierte am Donnerstag der Genosse Bild über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Als Korreferent sprach der Berliner Genosse Ströbel. Nach mehrstündiger Debatte fand die Aufstellung der Reichstagskandidatenliste statt; es wurde mit großer Mehrheit von etwa 800 gegen 500 Stimmen die bisherigen Kandidaten aufgestellt, während die von der Opposition vorgeschlagene Toni Sender nur etwa 550 Stimmen auf sich vereinigte.

### Der bayrische Wahlkampf.

Berlin, 8. Feber. (Eigenbericht.) Was in der kommenden Wahlbewegung in Bayern in Aussicht steht, davon bekommt man einen Vorgeschmack aus einem Bericht über eine Wahlversammlung der bayerischen Volkspartei in München. Die Redner wurden ständig durch Zwischenrufe unterbrochen; eine Aussprache war nicht möglich, da auf der einen Seite das Hitzelred und das Deutschlandlied, auf der anderen Seite die „Internationale“ erkante. Es kam schließlich zu heftigen Lärmereien und zu Zusammenstößen, so daß schließlich Polizei den Saal räumen mußte.

### Kommunistische „Erfolge“ bei den Gewerkschaften.

Berlin, 8. Feber. (Eigenbericht.) Die Kommunisten haben in der letzten Zeit in den Gewerkschaften eine Reihe von Niederlagen erlitten. So haben sie die Mehrheit im Metallarbeiterverbande und im Bochumer Textilarbeiterverbande verloren und auch in Berlin hatten sie bei einer ganzen Reihe von Wahlen Rückschläge. Während sie unter dem Druck der in Moskau beschlossenen Linksorientierung darangehen, in den Gewerkschaften erneut auf eine Spaltung hinzuwirken, haben sie ein neues Zentralkomitee zur Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit gebildet, das im Bergarbeiterverband versucht, neue Spaltungsarbeiten zu leisten.

In Hamburg erlitten die Kommunisten in der letzten Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes bei der Wahl der Ortsleitung eine schwere Niederlage. Mit 758 gegen 362 Stimmen wurde eine Ortsleitung gewählt, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale steht. Die Kommunisten hatten bei ihrer bisherigen Stärke im Hamburger Holzarbeiterverbande damit gerechnet, die Ortsleitung noch fester in ihrem Besitze zu behalten.

### General Körner — sozialdemokratischer Bundesrat.

Wien, 8. Feber. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Wiener Landtages hat der Stadtrat Breiner kein Mandat zum Bundesrat zurückgelassen und es wurde darauf an seine Stelle in den Bundesrat der ehemalige Generaltruppeninspektor der österreichischen Wehrmacht General Körner, der von der Regierung abgedankt worden ist, in den Bundesrat gewählt.

### Provokationen der österreichischen Scharwähler.

#### Die Antwort der Gewerkschaften.

Wien, 8. Feber. (Eigenbericht.) Wegen der fortgesetzten Angriffe der österreichischen Unternehmer und namentlich der Alpine Montan-Gesellschaft, hinter der Stinnes steht, auf den

Achtstundentag hat heute die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften eine Beratung abgehalten und den Beschluß gefaßt, worin sie ihre unbedingte Entschlossenheit zum Ausdruck bringt, dieses Attentat auf die Lebensinteressen der Arbeiterklasse mit allen Kräften abzuwehren. Die Vorstandskonferenz weist alle Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse mit Entschlossenheit zurück und erklärt, den Kampf, den die einzelnen Gewerkschaften dagegen zu führen haben, zu einem Kampfe der Gesamtheit. Weiter erklärte sich die Konferenz mit den am Kampfe beteiligten Organisationen und ihrer Kampfart solidarisch. Sie fordert alle Gewerkschaften auf, Vorbereitungen zu einem Widerstand gegen die Verletzungen der vertraglich vereinbarte Arbeitszeit, insbesondere gegen jede Verkürzung des Achtstundentages zu treffen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, nachdem die Vertreter der in Betracht kommenden Gewerkschaften ausführlich über die Lage in ihren Industriestrukturen und über ihre Kämpfe Bericht erstattet hatten.

### Eine Sturmbezugte Kammer Sitzung

#### Poincaré wird von der Opposition am Reden gehindert.

Paris, 8. Feber. Die Diskussion in der französischen Kammer wird von Tag zu Tag verworrener, weitläufiger und aufregender.

Die Nachmittagsitzung begann in gereizter Stimmung, welche zum Durchbruch kam, als durch einen Änderungsantrag des Abg. Klotz die Frage der mangelhaften Vorkehrungen für die nationale Verteidigung im Jahre 1913 aufgeworfen wurde und Abg. Lapointe die Verantwortung hierfür dem damaligen aber inzwischen verstorbenen Marineminister Pelletou zuschob. Abg. Denise ein Schwager des Verstorbenen, erhob heftigen Protest gegen diese Beschuldigungen, worauf Poincaré die Kammer im Namen des Vaterlandes aufforderte, von solchen Debatten abzuziehen und zum Gegenstande zu sprechen. Gegen Poincaré erhebt sich auf den Bänken der Opposition ein ohrenbetäubender Sturm. Da Poincaré sich kein Gehör verschaffen konnte, verließ er, vom Finanzminister de Lasteyrie gefolgt, den Sitzungssaal. Darauf wurde die Sitzung unterbrochen.

In den Couloirs herrschte anfänglich große Aufregung, doch als sich die erste Erregung legte, kam einmütig die Ansicht zum Ausdruck, daß dieser Zwischenfall nicht ernsthafter aufzufassen sei, als eine ganze Reihe von Manifestationen, zu welchen die jetzige Debatte Anlaß gab.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung ersuchte der Kammerpräsident die Abgeordneten, künftig hin derartige Zwischenfälle zu vermeiden. Abg. Klotz zog hierauf seinen Zusatzantrag zurück. Der letzte Abschnitt des zweiten Paragraphen des Artikels 1 wurde hierauf mit 352 gegen 182 Stimmen angenommen.

### Die Opposition gegen Poincaré.

Paris, 8. Feber. Die Abgeordneten, die gegen den Grundgesetz eines Ermächtigungsgesetzes in der Kammer gestimmt haben, setzen sich wie folgt zusammen: zwölf Kommunisten, 50 Sozialisten, 67 Radikale, 22 sozialistische Demokraten, sechs Mitglieder der republikanischen Linken, 25 Mitglieder der demokratisch-republikanischen Linken, zehn Parteilose, fünf Mitglieder der Arago-Gruppe und sechs Mitglieder der republikanischen und sozialistischen Aktion. Von bekannten, nicht der Linken angehörenden Abgeordneten stimmten dagegen: Legnues, Loucheur, Tardieu, Daniello, Ware Zanquer, Friend, Tennessee, Painleve und Forquet.

fortgejagt worden. Aber wo konnten sie möglicherweise sein? Mit hängendem Schwanz und zitterndem Leib und wirklich sehr schlaffen, umkreiste er ziellos das Feld. Plötzlich gab der Schnee zwischen seinen vier Beinen nach und er fiel hin. Unter ihn bewegte sich etwas. Er sprang zurück, knurrend und mit gesträubtem Haar, und er fixierte sich vor dem Unsichtbaren und Unbekannten. Aber ein leichtes freundliches Wellen machte ihm Mut, und er ging zurück, um die Sache zu untersuchen. Ein warmer Lufthauch stieg ihm ins Gesicht, und siehe, da lag Billie unter dem Schnee, zu einem dichten Häufel zusammengepackt. Er winkelte kumpfmäßig und wedelte mit dem Schwanz hin und her, um seinen guten Willen und seine guten Absichten zu bekunden, ja er wagte sogar, Buds Gesicht mit seiner feuchten warmen Zunge zu lecken.

Das war wieder eine neue Lektion. So machten also die anderen Hunde! Da wählte Bud zuversichtlich eine Stelle, und mit großem Kraftaufwand und viel Lärm und Aufsehen ging er daran, für sich eine Höhle zu graben. Im Nu erwärmte seine Körperwärme den ihn umgebenden Raum und er schlief ein. Der Tag war lang und beschwerlich gewesen, und Bud schlief tief und behaglich, wenn er auch bisweilen knurrte und lachte, und von bösen Träumen gequält wurde.

Am anderen Morgen machte er die Augen erst auf, als das Geräusch des erwachenden Lagers ihn aufweckte. Zuerst wußte er nicht, wo er war. Es hatte in der Nacht geschneit, und er war vollständig von Schnee zugedeckt. Die Schneemasse drückte von allen Seiten gegen ihn — die Angst des Wildes vor der Falle. Er durchstieß rückwärts sein eigenes Leben und schaute zurück bis zu dem seiner Vorfahren: denn er war ein zivilisierter Hund, ein ungewöhnlich zivilisierter Hund, und konnte aus eigener Erfahrung seine Falle und konnte also auch sich selbst keine fürchten. Die Muskeln seines gau-

zen Körpers zogen sich krampfhaft und inständig zusammen, die Haare am Hals und auf den Schultern stellten sich straff, und mit wildem Knurren sprang er steil auf in den blendenden Tag, daß der Schnee wie eine sprühende Wolke um ihn flog. Bover rief auf dem Boden laute, sah er das weiße Lager vor sich ausgebreitet. Da wußte er, wo er war, und erinnerte sich an alles, was seit der Zeit vorgefallen war, da er mit Manuel den Spaziergang gemacht hatte, bis zur vergangenen Nacht, wo er in der Schneehöhle schlief.

Ein lautes Schreien von Francis erweckte seine Aufmerksamkeit.

„Was ich sage?“ schrie der Hundereiber Perrault zu. „Der Bud lernt alles spielend.“

Perrault nickte beifällig. Als Beauftragter der kanadischen Regierung war er angestrebt bemüht, sich die besten Hunde zu sichern, und er war über den Besitz von Bud ganz besonders glücklich.

Im Verlauf einer Stunde wurden dem Gepann noch drei weitere Hunde beigegeben, so daß es jetzt im Ganzen neun waren, und vor Ablauf der nächsten Viertelstunde waren sie im Gehirre und nahmen die Richtung nach Dyer Conon. Bud freute sich, daß es so richtig war, und wenn auch die Arbeit schwer war, so fand er sie doch nicht allzu verächtlich. Er war erstarrt über den Eis, der die Hunde befehle, und der auch auf ihn überging. Noch mehr überraschte ihn die Veränderung, die in Dave und Sol-lefs stattgefunden hatte. Sie waren ganz neue Hunde, völlig umgewandelt durch das Geschirr. Alle Passivität und Gleichgültigkeit war aus ihnen gewichen. Sie waren munter und tätig, besorgt um den rechten Fortgang der Arbeit und grimmig erzürnt über alles, was dieselbe aufhielt. Die Arbeit im Geschirr schien der höchste Ausdruck des Daseins zu sein, alles, worin sie lebten, und das einzige, woran sie Freude fanden.

(Schluß folgt.)

# Kommunistische Verfidie, Unfähigkeit und Niederlage.

## Enthüllungen Sinowjews über die Blamage der K. P. D. insbesondere in Sachsen und ihre lächerliche Niederlage.

Auf dem kürzlich in Moskau abgehaltenen Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands hat der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Moskauer Internationale, Sinowjew, eine große Rede über die Taktik der kommunistischen Internationale gehalten, in der auch besonders die deutschen Verhältnisse besprochen und insbesondere das Regierungsexperiment der Kommunisten in Sachsen kritisiert wurden. Mit dankenswerter Offenheit hat Sinowjew die hinterhältige Taktik dargelegt, mit der die Moskauer Zentrale und in ihrem Auftrage die kommunistische Partei Deutschlands im Sommer und Herbst des verflossenen Jahres vorgegangen ist. Ueber das

### sächsische Experiment

äußerte sich Sinowjew in seiner Rede folgendermaßen:

In Sachsen war eine Mehrheit der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen das Bürgerrecht auf parlamentarischer Grundlage vorhanden. Der rechte Flügel der deutschen kommunistischen Partei machte mehrere Male den Versuch, eine Verständigung mit der Sozialdemokratie herbeizuführen und auf legale Weise eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu bilden. Das Exekutivkomitee war feils dagegen. Als wir aber die Ereignisse so einschätzten, daß die Krise nur eine Frage weniger Wochen ist, da sagten wir: Jetzt ist der Moment gekommen, um unter bestimmten Bedingungen in die Regierung einzutreten. Damit wir uns in Sachsen einen Platz schaffen, von wo aus wir uns weiter entfalten und den Kampf um die Macht organisieren können. Das war, als General Müller ernannt wurde.

Sinowjew zieht eine Parallele mit Kronstadt aus dem Jahre 1917 und fährt dann fort:

„Wir glaubten, daß für die deutschen Genossen auch ein solcher Augenblick gekommen sei. Sie werden in die Regierung eintreten, diesen General ignorieren, die Arbeiter zu dem Zweck mobilisieren, um die Vereinigung mit den revolutionären Arbeitern des ganzen übrigen Deutschlands herzustellen. Mit andern Worten:

**Wir sahen den Eintritt in die sächsische Regierung als ein Manöver an,**

um Fuß zu fassen und uns weiter zu entwickeln. Wir nahmen an, daß die Frage unfers Eintritts in die sächsische Regierung praktisch nur unter der Bedingung aufgeworfen werden konnte, daß die Zeigner-Regierung bereit war, wirklich gegen das weiße Bayern, gegen den Faschismus zu kämpfen und

**einen sofortigen bewaffneten Aufstand von 50.000 bis 60.000 deutschen Arbeitern durchzuführen,**

um General Müller zu ignorieren. Genau so in Thüringen. So stellten wir uns unsern Eintritt in die sächsische Regierung vor. Niemand stellte uns die Sache aber vor als eine parlamentarische Kombination. Vielmehr als ein Manöver, um eine bestimmte Position einnehmen zu können, und die deutschen Genossen schätzten die Lage so ein, daß sie das für möglich hielten.“

Daß die deutschen Kommunisten die Lage ernsthaft so einschätzten, glaubt kein Mensch, heute wahrscheinlich auch Sinowjew nicht mehr. Sie wollten den Moskauern nur ihre Tüchtigkeit be-

weisen, wie auch aus folgenden weiteren Ausführungen Sinowjews hervorgeht:

„Im Juli führte die Zentrale der K. P. D. das Veranlassen einer neuen Welle und erließ einen revolutionären Aufruf gegen die Faschisten. Die Zentrale erklärte namens der Partei, daß wir für jeden erschlagenen Arbeiter zehn Faschisten erschlagen werden. Wer die Geschichte der K. P. D. kennt, weiß, daß das der Anfang eines neuen Kapitels ist. Die Bewegung ging immer weiter. Die Partei bekam immer mehr Einfluß. Damals beschloß sie, den bekannten Antifaschistentag zu organisieren. Das war ein außerordentliches Ereignis. Die sozialdemokratischen Arbeiter waren auf unserer Seite. Und alle schauten auf die K. P. D. als auf den Faktor, der den Faschismus auf Haupt schlagen wird, bevor er endgültig sich geirrt hat. In diesem Augenblick begann in der Komintern (Kommunistischen Internationale) die erste Meinungsverschiedenheit. Bucharin und ich begründeten als Mitglieder des Exekutivkomitees den Antifaschistentag als den Anfang eines neuen Kapitels.

**Radel warf uns vor, daß wir in eine Justizschlachterei, in neue Niederlagen hineintreiben und die Ereignisse in Deutschland leichsinnig forcieren.**

Radel machte den Vorschlag, den Faschistentag aufzuschieben.

Der beste Teil der deutschen Arbeiter brennt vor Unwissen darüber, daß im Juli die Partei ohne Kampf den Rückzug angetreten hat, denn die Stimmung sei viel mehr zum Kampf entschlossen gewesen als in der ersten deutschen Revolution. Man muß die Erzählungen der deutschen Genossen hören (die Erzählungen in Moskau), wie Hunderttausende von Arbeitern die Straße beherrschten, bis zum frühen Morgen nicht auseinandergingen, die Lastautos besetzten, wie sich Zehntausende von Frauen erhoben und den Demonstrationen vorangingen, wie im Ruhrgebiet die deutschen Frauen ihre unterernährten Kinder den französischen Soldaten entgegenhielten, wie die französischen Soldaten die Gewehre wegwurfen und sich verbrüderten, und wie die deutschen Arbeiter ihren Führern aus der Sozialdemokratie den Rücken kehrten und nur noch den Kommunisten folgten. Aus diesen Erzählungen ist es klar, daß ein großer Aufschwung der Partei zu verzeichnen war.“

Das heißt, Sinowjew und Bucharin fielen auf diesen Schwindeln herein — wenn sie ihn nicht bewusst unterstützen, obwohl sie die Mache durchschauten. Jedenfalls haben sie sich von dem inzygischen und eben deswegen in Ungnade gefallenen Radel nicht eines Besseren belehren lassen, der doch die deutschen Verhältnisse aus eigener Anschauung besser kannte. Sinowjew blieb bei seiner Meinung,

„daß morgen der Kampf beginnen wird, daß sie (die deutschen Kommunisten) morgen entweder zum Siege oder zum Tode schreiten werden.“ Unso ärger war natürlich dann der Kagenjammer (den leider ein Teil der deutschen Arbeiterschaft noch etwas härter empfinden mußte als Sinowjew):

„Deswegen erzeugte der plötzliche Rückzug große Depression und Verzweiflung. Dazu kam

die schwere Erfahrung mit Sachsen“.

über die Sinowjew, offenherzig über sich, die übrigen Moskauer und die K. P. D., folgendes erzählt:

„Die Dinge hatten sich dort ganz anders vollzogen, als wie wir sie vorgeesehen hatten. In die Regierung traten drei Mitglieder der Zentrale ein: Wötcher, Federt und Brandler. Brandler übernahm kein Ministerium, sondern nur die Regierungskanzlei.

**Wir rieben uns hier die Hände vor Vergnügen und meinten, es gibt nichts Schläueres als die deutsche kommunistische Partei.**

Sie hat sich die Hauptregierungskanzlei rezerbiert. Brandler wird die Polizei und überhaupt den ganzen Apparat in der Hand haben. Aber wir wurden tief enttäuscht. Von Schläuheit war gar keine Rede; es war eine

**ganz gewöhnliche echtdeutsche Ehrfurcht vor der Regierungskanzlei,**

wo sich scheinbar die Geheimnisse aller Geheimnisse befanden. Und dahin schickte man den hervorragendsten Arbeiter des Zentralkomitees. Sie waren in der Regierung im ganzen 11 Tage, eigentlich nur neun, denn die beiden letzten Tage waren sie zwischen Regierung und Gefängnis. Freilich, in diesen 11 Tagen konnte man nicht viel machen, und die Exekutive macht ihnen nicht den Vorwurf, daß sie nicht 60.000 Gewehre usw. besorgt haben. Im Kampf, besonders im revolutionären Kampf, kann man immer eine Niederlage erleiden. Aber

**man hätte sich als Revolutionär anführen müssen.**

Tatsächlich fühlten sie sich aber als Mitglieder einer gewöhnlichen Koalition aus Kommunisten und Sozialdemokraten. Sie erklärten: „Wir stehen auf dem Boden der Verfassung“. „Wir sind nur dem Landtag verantwortlich“. Da kamen die alten sozialdemokratischen Traditionen zum Vorschein.“

Daraufhin schrieb die Moskauer Exekutive, wie Sinowjew erzählt, folgenden vertraulichen Brief an die K. P. D.:

„Aus Eurer Ueberschätzung des Grades der politischen und technischen Vorbereitung ergab sich auch ein politischer Fehler. Wir in Moskau beurteilten, wie Euch gut bekannt ist, den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung lediglich ein

### militärisch-strategisches Manöver.

Ihr habt diesen Eintritt in einen politischen Block mit der „linken“ Sozialdemokratie verwandelt, die Euch die Hand reichte. Wir stellten uns die Sache so vor, daß der Eintritt in die sächsische Regierung nur die Eroberung eines Kampffeldes bedeutet, um auf ihm die Entfaltung der Kraft unserer Armeen zu ermöglichen. Ihr habt es vorgezogen, die Beteiligung an der sächsischen Regierung in eine banale parlamentarische Kombination zu verwandeln. Als Resultat ergab sich unfre politische Niederlage. Schlimmer als das: es ergab sich beinahe eine Komödie. Eine Niederlage im Kampf hätten wir ertragen können, aber wenn eine revolutionäre Partei am Vorabend eines Aufstandes

### sich direkt lächerlich macht,

dann ist das schlimmer als eine Niederlage. Die Partei hat überhaupt keine Reichspolitik geführt, die den Eintritt in einen entscheidenden Kampf hätte ermöglichen oder sichern können. Nicht ein einziger entscheidender Schritt, nicht einmal eine einzige klare kommunistische Rede, nicht ein einziger ernstlicher Schritt, um die Bewaffnung in Sachsen voranzubringen. Nicht eine einzige praktische Maßnahme, um Mäe in Sach-

sen zu schaffen. Statt dessen eine „Beste“ Wötcher, der erklärte, daß er das Ministerium nicht verlassen wird, solange man ihn nicht mit Gewalt entsetzt. Nein, Genossen,

### so bereitet man eine Revolution nicht vor.“

Sinowjew polemisiert weiter gegen Radel, der „diese opportunistische sächsische Politik verewigen“ wolle. Er zieht den Schluß, daß der Kampf erbarmungslos gegen die Sozialdemokratie, die zusammen mit dem Faschismus in Deutschland regiere, geführt werden müsse. In der Zentrale der K. P. D. haben die Ereignisse zur Folge gehabt, daß zwei Mitglieder — Brandler und Thalheimer — auf der rechten, 15 im Zentrum und sechs oder sieben auf der linken stehen. Die Exekutive wehrt sich gegen den Opportunismus Brandlers, Thalheimers und Radels und wünscht eine gemeinsame Arbeit des Zentrums mit der Linken.

„Von unserm Standpunkt aus — erklärt Sinowjew — bedeutet die Taktik der

### Einheitsfront nichts andres als eine Methode der revolutionären Agitation

und Mobilisierung der Massen in dem Zeitpunkt der Bewegung, wo wir noch in der Minderheit sind, wenn das Kapital noch angreift, wenn wir uns noch verteidigen, wenn die Sozialdemokraten noch stark sind usw. . . . Radel und der rechte Flügel der deutschen Partei gehen aber gerade von der Voraussetzung aus, daß die Taktik der Einheitsfront etwas andres und etwas mehr ist als eine Methode der Agitation und Organisation. Sie sprechen sich freilich nicht bis zu Ende aus. Sie denken, daß die Taktik der Einheitsfront den gemeinsamen Eintritt in die Regierung mit der Sozialdemokratie bedeutet, daß sich daraus eine ganze Etappe entwickeln kann, daß

### eine Art Bündnis mit der Sozialdemokratie

auf dem Boden der „Demokratie“ verwirklicht werden könnte. Für die Komintern ist die Einheitsfront nichts andres als eine Methode, in der sozialdemokratischen Umgestaltung zu manövrieren, aber nicht irgendeine demokratische Koalition auf parlamentarischer Grundlage.“

Sinowjew schloß seine Rede mit heftigen Ausfällen und Drohungen gegen die als „Rechte“ gebrauchten Radel, Trocki, Brandler usw. Sinowjew siegte, und das bedeutet die Stärkung der Putzschiffen in der K. P. D. und die Konfervierung der Aufstandspierelei als des Wesenskerns der Kommunisten, die in Deutschland wie anderwärts vollkommen von der Zentrale in Rußland abhängig sind. Sinowjew dirigiert nach wie vor die Haltung der kommunistischen Parteien, obwohl er die außerrussischen Verhältnisse nicht kennt und eben darum ja auch nur an die Möglichkeit einer gewaltsamen Revolution in Deutschland am morgigen Tage denken kann. Aus den Ausführungen Sinowjews über Sachsen geht klar hervor, daß die Kommunisten bei ihrem Eintritt in die Regierung nicht die Absicht hatten, mit den Sozialdemokraten gemeinsam positive Arbeit zu leisten; sondern daß sie Sachsen zu einem Stützpunkt für ihr putschistisches Vorgehen machen wollten. Allerdings haben die sächsischen Kommunisten ihre Aufgabe nicht zur Befriedigung der Zentrale in Moskau durchgeführt, aber ihr frevelhaftes Spiel mit der deutschen Arbeiterschaft hat Wasser auf die Mühle der Reaktionen geleitet. Mit Recht sagt unser Dresdener Bruderblatt: „Die Reaktion in Deutschland kann wohllich froh sein, daß sie ihre Kommunisten hat.“ Die Arbeiter aber, die heute noch den kommunistischen Führern nachlaufen, mühten einsehen, daß sie nur die Reaktion fördern, wenn sie weiter die kommunistische Partei, die nach russischem Rezept eine wahnsinnige Putzpolitik treibt, unterstützen.

# Mittelalterliches im modernen England.

Man weiß, daß kein Volk der Erde so sehr an uralten Einrichtungen hängt, wie das englische. Aber dieser Konservatismus hat nichts mit der politischen Anschauung des Briten zu tun; er ist den Liberalen nicht minder eigen als den Konservativen, und es hat sich in diesen Tagen gezeigt, daß die Macht jener alten Bräute selbst die Vertreter der Arbeiterpartei beherrscht. Zum erstenmal in der mehr als sechshundertjährigen Geschichte des englischen Parlamentarismus hat der sogenannte vierte Stand — auch ein Begriff aus früheren Tagen — die Regierung übernommen; aber die Zeremonien und Bräute bei dieser Regierungsübernahme und bei der Eröffnung des neugewählten Parlaments unterscheiden sich auch nicht im geringsten von denen, die unter einer konserverbaiten Regierung üblich waren.

Ramsay MacDonald erschien bei der demwürdigen Berufung zum König in dem für Audienzen in England vorgeschriebenen Anzug: Gehrock und Zylinder, und nachdem er aus den Händen des Königs die Bestallungsurkunde empfangen hatte, läßte er nach vollzogenem Eid auf die Verfassung dem König die Hand. Der gleichen Form der Ehrerbietung unterzog sich der neue britische Premier gegenüber der Königin, der er durch den Souverän vorgestellt wurde. Mit diesem Handkuß ist der Leiter der englischen Regierungsgeschäfte nach Brauch und Verfassung aller persönlichen Verpflichtungen gegenüber der Krone ledig. Es ist in England nicht, wie es früher im kaiserlichen Deutschland war, Brauch, daß der erste Staatsmann den Monarchen fortwährend über die Re-

gierungsgeschäfte auf dem Laufenden erhält. Der Premierminister ist dem König Rechenschaft nicht schuldig, solange er sich im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Kompetenz hält. Diese sind aber so umfassend, daß man sagen kann: In England regiert der Premierminister unter Zustimmung des Parlaments. Der Träger der Krone ist staatsrechtlich nicht mehr als ein erblicher Präsident, und seine Macht verfährt geradezu gemessen z. B. an der des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Der Gang zum mittelalterlichen Pomp und Prunk im englischen Staatswesen zeigt sich selten so sinnfällig wie bei der Parlamentsöffnung. Diese erfolgt stets durch den König, der sich in feierlichem Zuge nach Westminster begibt. Königliche Peitergarde bildet dabei Spalier in einem Aufzug, der von modernem Militarismus so weit entfernt ist wie eine Steinflöte von einem Maßmengenwehr. Es sind Figuren wie aus einem Kostümfest, Mannschaften in reich galonierten Röcken, breite Barets auf dem Kopf, riesige Helmbarden über der Schulter. Da u ein unübersehbarer Troß von Lakaien und Dienern, Grooins und Stallmeistern in pompösen Uniformen. Der Staatswagen des Königs wird von acht Pferden gezogen und wiederum mit Decken und Schwärden behängt; die Karosse selbst trägt auf dem Dach eine mächtige vergoldete Krone.

Der Parlamentsöffnung voran geht noch heute wie seit mehr als dreihundert Jahren ein höchst seltener Brauch, die Untersuchung der Kellerräume von Westminster. Der Brauch stammt aus der Zeit der Pulververehrung des Guy Fawkes im Jahre 1605, die sich gegen das Leben Karls I. richtete, aber rechtzeitig entdeckt wurde. Seither veranlaßt sich am Tag der Parlamentsöffnung früh am Vormittag in den Bürlengemächern, die neben dem

Oberhaus liegen, eine eigenartige Gesellschaft. Unter dem Vortritt eines Dutzend Gardisten, die mit Speich und Hellebarde ausgerüstet sind, und denen sonst die Bewachung des Lower obliegt, begibt sich ein Vertreter des Lord Großschämmerers mit seinen Beamten und den Polizisten, die für die Sicherheit des Parlaments verantwortlich sind, in die Keller von Westminster. Die Wachmannschaften tragen winzige Laternen, mit denen die Prozeßion durch alle Korridore und Kammlichkeiten marschiert, um in jede Ecke zu leuchten, alle Gas- und Wasserleitungsrohre zu beaugenscheinigen und nach verborgenem Schießpulver zu suchen. Jedermann weiß natürlich, daß auch nicht das geringste Verdächtige gefunden wird; das stört aber nicht den tiefen Ernst, mit dem diese Untersuchung auch im zwangigsten Jahrhundert noch ausgeführt wird.

Um 2 Uhr nachmittags versammeln sich die Mitglieder beider Häuser im Parlament. Sobald im Oberhaus der Lordkanzler, der Vorsteher und der Lordschämmerer ihre Sitze eingenommen haben, wird ein Bote des Oberhauses, der sogenannte „Träger des schwarzen Stabes“, gewöhnlich ein General, beauftragt, die Mitglieder des Hauses der Gemeinen aufzufordern, an der Barre des Oberhauses zu erscheinen. Dort eröffnet ihnen der König oder in seiner Vertretung der Lordkanzler, daß Seine Majestät nach der nach der Verlesung des Treuschwures in beiden Häusern die Gründe der Einberufung des neuen Parlamentes bekanntgeben werde. In diesem Zweck sei es notwendig, daß im Unterhaus ein „Sprecher“ gewählt werde, der sich am nächsten Mittag dem König zur Verfügung halten müsse. Die Abgeordneten setzen sich hierauf ins Unterhaus zurück, um den „Speaker“ zu wählen. Dabei erhebt sich der erste Beamte des Hauses und deutet, ohne auch nur das leiseste Wort zu

sprechen, mit dem Finger auf einen Abgeordneten, der nach dem Willen der Mehrheit den zu wählenden Sprecher benennt. Die Wahl selbst erfolgt meist durch stumme Zustimmung. Nachdem der neugewählte Sprecher eine kurze Dankrede gehalten hat, wird er feierlich zu seinem Sitz geführt, der in Gestalt eines erhöhten Thronsessels an der einen Längswand des Sitzungssaales die Mitte einnimmt. Nunmehr wird das große vergoldete Repter, das bisher unter dem Tisch des Hauses lag, auf den Tisch gelegt und es erfolgen vor der Vertagung Mikrophonschwenkender Mitglieder aller Parteien an den Sprecher. Am nächsten Mittag versammeln sich wiederum beide Häuser. Wiederum erscheint der „Träger des schwarzen Stabes“ am Portal des Unterhauses; aber die Tür ist verschlossen und öffnet sich erst, nachdem er dreimal mit dem schwarzen Stabe argelockt hat. Dieser Brauch stammt aus der Zeit, da einmal bewaffnete Soldaten in das Parlament eindringen wollten. So versichert sich bis zum heutigen Tage das Unterhaus symbolisch erst, daß der Besucher keine bösen Absichten gegen die Verfassung hege. Darauf wird der Stribrdrer feierlich zum Sitz des Sprechers geleitet, wo er seine Botschaft ausrichtet. Von den Abgeordneten gefolgt, begibt sich dann der Sprecher an die Barre des Oberhauses, wo ihm in zeremonieller, altertümlicher Rede und Gegenrede die Bestätigung in seinem Amt zuteil wird. Nachdem die Gemeinen in ihren Sitzungssaal zurückgekehrt sind, legen sie den Eid auf die Verfassung ab, tragen ihre Namen in ein Register ein und werden einzeln dem Sprecher vorgestellt. Dann erst wird im Oberhaus die Thronrede verlesen, die die Gründe enthält, die zur Einberufung des Parlaments geführt haben. Und damit ist die Parlamentsession offiziell eröffnet.

## Zur Einführung.

Mancher unserer Leser wird heute, wenn er dieses Blatt zur Hand nimmt, vielleicht der Meinung sein, es sei überflüssig, in einer Tageszeitung sich in einer besonderen Beilage mit den Problemen der Gewerkschaftsbewegung zu befassen. Gibt es doch in der Tschechoslowakei eine Reihe gut geleiteter deutscher Gewerkschaftsblätter, welche die Arbeiter eines einzelnen Berufes über alles Wissenswerte, das sich in ihren Fachorganisationen ereignet, unterrichten. Außerdem besteht die „Gewerkschaftliche Rundschau“, welche die gemeinsamen Interessen aller Gewerkschaftsorganisationen publizistisch vertritt. Aber es ist bekannt, daß die Gewerkschaftspresse selten über den Rahmen der Arbeiter eines bestimmten Berufes hinausdringt und auch das gewerkschaftliche Zentralblatt wird meistens nur von den gewerkschaftlichen Vertrauensmännern gelesen. Dagegen findet die Tagespresse die Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit, und diesen Umstand wollen wir benutzen, um unsere Leser über die neuesten Vorkommnisse und die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen der Gewerkschaftsbewegung zu unterrichten; was in den Gewerkschaften lebt und webt, die neue Welt, die da zutage tritt, soll der breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt werden.

Gerade in der gegenwärtigen Zeitepoche erscheint uns dies notwendig. In der gesamten Arbeiterbewegung ist wohl die Auffassung unbestritten, daß die Bedeutung der Gewerkschaften gegenüber der Vorkriegszeit gewachsen ist. In der tschechoslowakischen Sozialdemokratie vertritt der Abgeordnete St. v. in schon seit einigen Jahren die, wie es scheint etwas übertriebene Auffassung, daß die proletarischen Parteien im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse an Bedeutung hinter die Gewerkschaftsorganisationen ständig zurücktreten. Wohl ist es richtig, daß infolge der Zersplitterung, die in den Reihen des Proletariates nach dem Kriege eingetreten ist, die Gewerkschaften gewisse Funktionen übernommen haben, die früher die proletarischen Parteien innegehabt haben. So hat das Eingreifen der deutschen Gewerkschaften dazu geführt, daß der Rapp-Bußsch niederzuschlagen und die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland verhindert wurde, eben weil es in Deutschland mehrere proletarische Parteien gibt. Ebenso hat die gewerkschaftliche Internationale schon zu verschiedenenmalen — wir erinnern nur an ihre Friedenspropaganda — eine Aufgabe übernommen, die sonst wohl der Internationale der proletarischen Parteien zugefallen wäre. Dennoch wäre es verkehrt, den Gewerkschaften Funktionen zuzuschreiben, die der Natur des Emanzipationskampfes des Proletariates gemäß den politischen Parteien zufallen. — Gewerkschaften und Partei sind eben zwei Aeste der Arbeiterbewegung — aber sicher ist, daß den Gewerkschaften ein bedeutender Einfluß auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung der nächsten Jahre zufällt, als dies früher der Fall war.

Dies schon aus dem Grunde, weil seit der Beendigung des Krieges zwischen den Gewerkschaften und der Idee des Sozialismus ein festes Band geschlungen worden ist. Während man früher die Gewerkschaften (im Gegensatz zur Sozialdemokratie) als diejenige Organisationsform des Proletariates betrachtete, der einzig und allein Gegenwartsaufgaben gestellt sind, welche die Arbeiterklasse vor Vereidung zu schützen, sie kampffähig zu erhalten habe, kann man die Gewerkschaften heute mit Zug und Recht neben der Sozialdemokratie als die Pioniere der sozialistischen Gesellschaft betrachten. Die Arbeiter zur Verwaltung der Betriebe und dadurch erst fähig für die sozialistische Gesellschaftsordnung zu machen, ist eine Aufgabe der Gewerkschaften. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, in der das Gesetz der Arbeitsteilung eine der stärksten Triebkräfte ist, hat bewirkt, daß im Laufe der Entwicklung jeder Mensch nur eine Teilarbeit verrichtet, nur ein winziges Nädchen in dem Herstellungsprozess auch nur eines Produktes ist. So hat die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft aus dem Menschen eine Maschine gemacht. Aber der Arbeiter, der an der Betriebsverwaltung teilnehmen will, muß über die vier Wände, in denen sich eine bestimmte Teilarbeit vollzieht, hinaussehen, er muß das Ganze des Produktionsprozesses überschauen. Als Mittel hierzu sollen die Betriebsausschüsse und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit dienen, allerdings Betriebsausschüsse, die in enger Gemeinschaft mit den Gewerkschaftsorganisationen allein auf die Arbeiterklasse erfolgreich wirken können.

Aus dem Vorangeführten ist schon klar, daß die Tagespresse in der Erfassung, Darstellung und Erläuterung gewerkschaftlicher Probleme große Aufgaben hat. Wir werden uns bemühen, in der Gewerkschaftsbewegung praktisch tätige Genossen zur Mitarbeit heranzuziehen und aus allen großen gewerkschaftlichen Bewegungen des In- und Auslandes jene Lehren zu ziehen, durch welche die Arbeiterklasse bereichert wird und durch die das Proletariat in seinem Kampfe gestärkt, durch deren Anwendung der Erfolg seiner Kämpfe gesichert wird. So hoffen wir, daß durch die von uns angestrebte innige Verbindung der sozialistischen Tagespresse mit den Gewerkschaftsorganisationen sowohl diesen als auch der Sozialdemokratie genützt werden wird.

## Ein Nachwort zum englischen Eisenbahnerstreik.

Von Franz Hill, Wien.

Der Streik der englischen Eisenbahner hat wie es scheint in den Betrachtungen, die bisher darüber in den verschiedenen Blättern erschienen sind, eine etwas einseitige Beurteilung erfahren, in der insbesondere die tieferen Beweggründe dieser Bewegung nicht vollkommen sichtbar geworden sind. Sicher ist die Tatsache bedauerlich, daß der Streik von einer Gruppe der Eisenbahner gegen den Willen des großen nationalen Eisenbahnerverbandes gerade in dem Augenblicke geführt wurde, als es der Arbeiterpartei auf Grund ihrer großen Wahlerfolge möglich geworden war, die Regierung zu übernehmen, und es ist wohl der Mangel an gewerkschaftlicher Disziplin wie auch der Umstand, daß ein Verkehrsstreik der Reaktion ihre Kampfstellung erleichtert, was zu einer Ablehnung dieses Streikes veranlassen mußte.

Man wird aber auch andererseits in der Entwicklung des englischen Wirtschaftslebens und in den Vorgängen der letzten Zeit gewisse Symptome nicht verkennen dürfen, die darauf schließen lassen, daß sich im englischen Wirtschaftsleben allmählich ein Wandel zu vollziehen beginnt, der nicht nur im Interesse der Transportarbeiter-Internationale, sondern im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung überhaupt als ein erfreulicher Umschwung bezeichnet werden muß. Die englische Gewerkschaftsbewegung, die wohl, was die Größe ihrer verschiedenen Verbände und verschiedenen inneren Einrichtungen anbelangt, als unübertrefflich angeführt werden dürfte, war bisher vor allem in ihrer geistigen Orientierung von der Entwicklung bestimmt, die dem Industrielkapitalismus dieses Landes seine bisherige Sonderstellung verliehen hatte. Hatte die englische Arbeiterklasse in der Zeit, als sich die Industrialisierung des Landes rasch und unter verheerenden Wirkungen für das Proletariat vollzog, ihre großen geschichtlichen Kämpfe vor allem um die Koalitionsfreiheit durchzuführen, so vollzog sich später ihr Aufstieg als die großen Widerstände des Kapitalismus besiegt, und überwunden waren, verhältnismäßig reibungslos, weil bei dem offenen Weltmarkt den England als das Mutterland des europäischen Industrielkapitalismus vorgefunden hatten, die kapitalistischen Widerstände gegen gewerkschaftliche Forderungen naturgemäß viel geringer waren, als in einer Zeit, in der sich die gegenseitige Konkurrenz immer mehr verschärft hat. Der englische Kapitalismus hatte aus den schweren Stämpfen seiner Ubergangsperiode als nächster Gewinner rechtzeitig gelernt, und ein so guter Kenner englischer Wirtschaftsverhältnisse, wie Eduard Bernstein hat schon vor etwa 20 Jahren die englischen Zustände in der „Neuen Zeit“ damit gekennzeichnet, daß er schrieb, der englische Kapitalismus „gäbe den Arbeiterschöpfelweise, damit es nicht einmerteils genommen werde“. Die Erfolge, die also die englische Arbeiterklasse in einer Zeit erzielte, in welcher der Industrielkapitalismus seinen Siegeszug nicht durch fortwährende soziale Erschütterungen gestört sehen wollte, haben natürlich dazu geführt, daß Englands Arbeiter in vielen Beziehungen, insbesondere, was die Lohnhöhe bei den gelehrten Arbeitern betrifft, ihren Kollegen in fast allen europäischen Ländern weit voraus waren.

Daraus aber erklärt sich auch die eigenartige Haltung die bisher die englischen Gewerkschaften eingenommen haben, und über die schon vor mehr als einem Vierteljahrhundert Sidney und Beatrice Webb sehr ausführlich geschrieben haben. Den englischen Gewerkschaften fehlte nicht nur die einheitliche zentrale Verbindung und der richtige Geist, es mangelte ihnen auch ein bestimmtes einheitliches Programm. Der englische Kapitalismus freilich hat sich schon vor

dem Kriege sehr stark nach rechts orientiert, denn seitdem die englische Wirtschaft am Weltmarkt immer stärker von der Konkurrenz Deutschlands und Amerikas bedroht worden ist, erstarkte auch der Widerstand gegen alle gewerkschaftlichen Forderungen, der sich jetzt, wo die Weltwirtschaftskrise auch England bedroht, immer weiter steigert. Die englische Wirtschaft fühlt sich heute durch das Dumping der durch den Krieg ruinieren valutaschwachen Länder geschädigt, und die Krise in der Industrie soll nun ganz ebenso wie in anderen Ländern — auf Kosten der Arbeiter durch einen allgemeinen Lohnabbau überwunden werden. Damit der Transport verbilligt wird, sollen die Tarife herabgesetzt und damit selbstverständlich auch die Löhne der Eisenbahner gesenkt werden. Daß sich gegen diese bewährte kapitalistische Methode, die Folgen des Krieges und der Weltwirtschaftskrise zu überwälzen, gerade die bestbezahlte Gruppe unter den Eisenbahnern aufgebracht hat, ist nicht so überraschend, denn alle gewerkschaftliche Erfahrung beweist, daß gerade gutbezahlte Arbeitergruppen ihr gehobenes kulturelles Lebensniveau mit Zähigkeit verteidigen. Daß England eben jetzt, wo der Eisenbahnerstreik beendet ist, schon wieder von einem Streik der Doharbeiter und der Bergleute bedroht ist, beweist übrigens deutlich, wie die kapitalistische Reaktion auch in diesem Lande die radikale Strömung in den Gewerkschaften gestärkt hat, und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß daraus der neuen Arbeiterregierung noch mancherlei Schwierigkeiten erwachsen werden. Die kapitalistische Monopolbildung, die auch in England wie andernwärts die Macht des Kapitalismus steigert, und der Umschwung, der sich damit gleichzeitig in den Gewerkschaften vollzieht, verursachen notwendig neue Konfliktstoffe, die zu jenen revolutionären Ubergangsercheinungen führen, wie wir sie in Deutschland und Oesterreich erlebt haben. Dieser Umschwung, der übrigens die Arbeiterklasse der ganzen Welt aufrüttelt, und in dem sich die Geburtswehen einer neuen Zeit finden, wird aber auch die englischen Gewerkschaften mit neuem Geist erfüllen, der vom Standpunkt der Internationale zu neuen, starken Hoffnungen berechtigt.

## Arbeiterrecht.

### Eine wichtige obergerichtliche Entscheidung.

Der Oberste Gerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 2. Oktober 1923, No. 1, 927/23/1 folgendes ausgesprochen:

„Wenn ein Arbeiter für die volle Arbeitszeit (sechs volle Arbeitstage in der Woche) aufgenommen wurde, fällt jede Einschränkung der Arbeitszeit auf Rechnung des Arbeitgebers und dieser ist verpflichtet, dem Arbeiter für den entgangenen Verdienst Entgelt nach § 1155 a. b. G. B. zu zahlen. Will er den Konsequenzen des § 1155 a. b. G. B. entgehen, kann er den Arbeiter kündigen, muß sich aber während der Kündigungsfrist der Vorschrift dieses Paragraphen unterwerfen. Da § 1155 zwingendes Recht ist und durch einen Dienstvertrag nicht abgeändert werden kann, ist auch jede spätere Vereinbarung und um so mehr auch jede einseitige Verfügung des Dienstgebers hinsichtlich der Arbeitsbeschränkung ohne Wirkung. Wirksam ist nur das Erlöschen des früheren Dienstvertrages, wo die Arbeitszeit sechs volle Arbeitstage in der Woche betrug und der Abschluß eines neuen Dienstvertrages durch den Arbeiter bloß auf eine geringere Zahl von Arbeitstagen in der Woche aufgenommen wird.“

Diese Entscheidung des Obersten Gerichtshofes ist für die Arbeiterklasse überaus günstig, obwohl sie kein Gesetz ist, und dasbaldige Gericht in einem anderen Falle vielleicht eine gegenwärtige Entscheidung fällen kann. Die Arbeitgeber werden jedoch in allen Fällen, wo der § 1155 des b. G. B. anwendbar ist und zwar in Fällen von Kohlen-, Gas-, Wasser-, Strom-, Rohstoff- und Abwalmangel, Betriebsstillstand infolge Maschinenebruchs, ferner andere Fälle höherer Gewalt, ihre Gegenmaßnahmen treffen. Die Gegenmaßnahmen dürfen darin bestehen, daß die Arbeitsausnahme nicht auf sechs Tage erfolgt, wenn auch keine Kündigung besteht, sondern daß sie das bestehende Arbeitsverhältnis lösen und mittelst Reverses ein neues Arbeitsverhältnis schaffen, wonach der Arbeiter nur für einen Tag in der Woche aufgenommen wird, der Arbeitgeber jedoch denselben auch sechs Tage beschäftigen kann. Diese obergerichtliche Entscheidung zeigt eigentlich dem Arbeitgeber bereits den Weg, den er zu gehen hat, indem ausgesprochen wird:

„Wirksam ist nur das Erlöschen des früheren Dienstvertrages, wo die Arbeitszeit sechs volle Arbeitstage in der Woche betrug und der Abschluß eines neuen Dienstvertrages durch den Arbeiter bloß auf eine geringere Zahl von Arbeitstagen in der Woche aufgenommen wird.“

Die Arbeitgeber werden versuchen, erstens einmal von dem Arbeiter die Unterschrift auf den

Revers in diesem Sinne zu verlangen, ferner werden sie versuchen, die Arbeitsordnung sowie den Lohnvertrag dieser obergerichtlichen Entscheidung anzupassen. Die Arbeiterklasse sollte daher mit ihren Unterchriften sparsam umgehen, überhaupt keinen Revers unterschreiben, die Betriebsausschüsse müssen sich, um sich zu schützen, einer Änderung der Arbeitsordnung in diesem Sinne widersetzen, was möglich ist, weil ohne Mitwirkung des Betriebsausschusses und ohne dessen Zustimmung der Arbeitgeber nach dem Betriebsausschussesgehebe eine Abänderung der Arbeitsordnung nicht vornehmen kann und die Gewerkschaften werden die Pflicht haben, bei Abschluß von neuen Rahmenverträgen darauf zu achten, daß die Maßnahmen der Arbeitgeber durchkreuzt werden. Obwohl diese Entscheidung für die Arbeiterklasse sehr günstig ist, dürfte sich diese in jenen Gebieten, wo sich die Arbeiterklasse nicht entsprechend zur Wehr setzen kann und die richtigen Maßnahmen erweist, zum Schaden der Arbeiterklasse auswirken. Nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation wird die Arbeiterklasse imstande sein, die Gegenmaßnahmen der Arbeitgeber zu durchkreuzen, um sich bei Betriebsstillständen — hervorgerufen durch höhere Gewalt — den Lohn für die ersten sechs Arbeitstage zu sichern.

## Internationale Gewerkschaftsbewegung.

### Gemeinsame Konferenz der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsinternationale.

Auf der letzten Woche in London abgehaltenen Sitzung der gemeinsamen Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Genossenschaftsinternationale, an der J. G. B. durch Mertens (Vizepräsident) und Dudgeon (Sekretär) vertreten war, wurde hauptsächlich die Tagesordnung für eine gemeinsame Sitzung der Exekutiven der beiden Internationales besprochen. Diese Tagesordnung sieht die Prüfung der von einer Subkommission während des letzten Jahres in der Frage der Herbeiführung einer engeren Fühlungnahme zwischen den beiden Internationales erzielten Resultate vor und läßt sich in folgende Hauptpunkte zusammen:

1. Ratifizierung eines Statutenentwurfs für das gemeinsame Komitee.
2. Ratifizierung eines Uebereinkommens zur Regelung der Beziehungen zwischen den Genossenschaften und Gewerkschaften und zur Verhütung von direkten oder Sympathiestreiks in Genossenschaften.
3. Die regelmäßige Abordnung von Gast-Delegierten an Konferenzen und Kongresse.
4. Errichtung eines gemeinsamen Propaganda-Komitees und
5. Prüfung des Planes einer von der Genossenschafts- und der Gewerkschaftsbewegung gemeinsam zu errichtenden Internationalen Bank.

### Moskau gegen die deutschen Gewerkschaften.

Eine Verammlung kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre in Moskau hat sich am 9. Jänner mit der Lage der deutschen Gewerkschaften beschäftigt. Die Spaltung der deutschen Gewerkschaften ist nach W. S. W. dem Generalsekretär der sog. Russen Gewerkschaftsinternationale, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch unvermeidlich; es ist nur eine Frage von Monaten. Man soll sich dazu vorbereiten, und insbesondere den außerordentlichen Gewerkschaftskongress beschleunigen, dessen Einberufung von der sog. Weimarer Konferenz beschlossen wurde. Die Einberufung dieses Kongresses bedeutet nach W. S. W. zweifellos eine Spaltung der Gewerkschaften.

Der Vorsitzende des Zentralrates russischer Gewerkschaften Tomski ging noch weiter. Die Parole der Rettung der Gewerkschaften, die von der KPD aufgestellt worden war, hat er scharf verurteilt. Auch die Parole „Spaltet die Gewerkschaften“ sagt ihm nicht zu, denn „ein jeder neue Verband wird daselbe tun, was jetzt der opportunistische Verband tut“. Aber auch die Parole des Austrittes aus den Gewerkschaften vertritt Tomski, denn „die Massen werden diese Parole nicht begreifen“. Man soll daher in den Gewerkschaften bleiben, sie systematisch in den Augen der Arbeiter herunterreißen („discreditieren“) und die Betriebsräte stärken, die den Boden für neue Gewerkschaften bilden werden.

Nach dieser Verammlung, der auch zwei Vertreter der KPD beigewohnt haben, ist zu erwarten, daß die Parteiarbeit der Kommunisten in den deutschen Gewerkschaften sich noch verstärken wird.

**Indischer Gewerkschaftskongress.** Der vierte All-Indische Gewerkschaftskongress wird im Feber in Kalkutta zusammenberufen. Die Vorbereitungen haben bereits vor einiger Zeit begonnen; unter anderen hat man bereits Kommissionen eingesetzt, die sich mit der Finanzfrage, Propaganda usw. beschäftigen. Die leitenden Personen, die gelegentlich der Einberufung des Kongresses genannt werden, tragen ausschließlich indische Namen.



# Tages-Neuigkeiten.

## Arbeitslos und verhungert.

### Konfolidierung des Staates auf Kosten der ärmsten Proletarier.

Im Karlsbader „Volkswille“ veröffentlicht ein Genosse, der die Verteilungsstelle des Chodauer Konsumvereines in Schönficht (Bezirk Marienbad) revidierte und dabei die Zustände in Schönficht und Umgebung untersuchte, einen erschütternden Bericht über die Not der dortigen Arbeitslosen. Die Untersuchung der Zustände in Schönficht erfolgte deshalb, weil die Verteilungsstelle des Konsumvereines in der letzten Zeit abnorm geringe Wochenlohnungen auszuweisen hatte. In dem Berichte des Genossen heißt es:

„Ich besuchte in Schönficht 37 Familien, und in 37 Familien fand ich nicht einen einzigen Mann, der eine Beschäftigung hätte, also am Samstag der Frau ein Wirtschaftsgeld geben könnte. Kinder mußte ich hingegen, und zwar mit wenigen Ausnahmen, fünf bis sechs Kinder, die sich nur mit Wasserjuppe und Kartoffeln ernähren können. Frug ich den Mann, ob er Arbeitslosenunterstützung bekomme, so mußte er dies verneinen, obwar schon vor Monaten angefragt wurde; es ist in den meisten Fällen noch keine Erledigung eingelangt und wenn ja eine „Erledigung“ kam, so lautete sie dahin, daß jene bedauerndwerten Leute abgewiesen wurden, mit der Begründung, sie wären „Saisnarbeiter“, oder es wäre „der Lebensunterhalt nicht gefährdet, weil der Ansuchen Besist hat.“

Zur Verkaufsstelle Schönficht gehören mehrere Orte und geht ich am anderen Tag auch nach Berlsberg. Was ich dort antreffe, spottet jeder Beschreibung. Von 41 Mitgliedern, die ich besuche, sind ihrer bloß drei, die nur halbwegs ihr Auskommen finden, das heißt, ihren Lebensunterhalt teilweise decken können. Da ist ein Vergarbeiter, der Beschäftigung hat. Er hat aber täglich vier Stunden zum und vier Stunden vom Arbeitsplatz zu gehen; er arbeitet in Jeditz bei Hassenau. Ein zweiter ist Tischler, hat teilweise Beschäftigung, aber viel zu wenig, um seine elf Kinder halbwegs ernähren zu können. Der dritte „Glückliche“ ist ein Glasarbeiter, der aber keine Arbeit hat, sondern nur darum „glücklich“ ist, weil er die Arbeitslosenunterstützung beziehen kann. Alle anderen sind Waldarbeiter, die bei den Herrschaften Soas, Schönburg oder Metternich in Arbeit stehen würden, wenn solche wäre. Da die Herrschaften in diesem Jahre kein Holz fällen, so haben sämtliche Waldarbeiter keine Arbeit, und sie bekommen aber auch keine Arbeitslosenunterstützung. Auch sie werden als „Saisnarbeiter“ betrachtet, oder es ist angeblich ihr „Lebensunterhalt nicht gefährdet, weil sie Besitz haben“. Nun, wie schaut denn der „Besitz“ dieser Unglücklichen aus? Ein Haus und zwei Strich Grund, vielleicht auch drei, ist das Vermögen dieser Menschen. In den seltensten Fällen ist in diesen Häusern ein Biogel zu finden, es sind also nur Holzstämme, bei deren Anblick man sich wundern muß, wie sie dem dortigen Wetter standhalten. Ein kleiner Acker, etwas Hundeweide ist der ganze Grund, der gerade das Futter einer Bioge, im besten und seltensten Falle das für eine Kuh liefert; und deswegen gibt es keine Arbeitslosenunterstützung!

Ein Maurer, der als Invalide aus russischer Gefangenenschaft zurückgekehrt, bezog Invalidenrente. Ein Sohn ging zur Arbeit in die Glasfabrik nach Reichenau, eine Tochter hatte ein Dienstverhältnis bei einer „Gnädigen“ aufgenommen, ein Sechzehnjähriger hilft der Mutter im Haushalt. Der Vater mußte jedoch zur sozialärztlichen Untersuchung, wird dort als „gesund“ befunden, und die Rente wird ihm gestrichen. Die Glasfabrik Reichenau stellt den Vertrieb ein, der Sohn ist arbeitslos und bekommt keine Unterstützung, weil — angeblich „der Vater Besitz hat und der Lebensunterhalt nicht gefährdet erscheint“. Die Herrschaft, bei der die Tochter im Dienste steht, meldet Konkurs an, und die „Gnädige“ kann ihrem Dienstmädchen nicht einmal den Lohn zahlen. Der restliche Lohn beträgt 500 Kronen und muß erst beim Konkursverwalter eingelöst werden. Nun sitzen der Vater, zwei große Söhne und eine Tochter zu Hause, haben nichts zu essen als trodrene Kartoffel.

Eine weitere Familie, der Sohn ein Dreißigjähriger, arbeitslos, zwei Töchter in den zwanziger Jahren, beide keinen Posten, der Vater hoch in den fünfzig, hat keine Arbeit. Ich frage: „Nun, Sie bekommen doch Arbeitslosenunterstützung?“ Die Antwort: „Bis jetzt nicht es ist noch nichts retour gekommen.“ Auf meine weiteren Fragen, wovon die Familie lebt, zeigt mir die Mutter eine Wasserjuppe, die mittags und abends gegessen wird, und zum Frühstück schwarzen, bitteren Kaffee, weil kein Geld für Zucker vorhanden ist. Kartoffeln, die zur Wasserjuppe gehören würden, können von dem kleinen Vorrat nie mehr genommen werden, sonst fehlen sie zur Aussaat im Frühjahr, und kaufen können die armen Leute keine. In beiden geschilberten Fällen kommen aber nur erwachsene Personen in Betracht die von der Hoffnung besetzt sind, „es wird schon wieder besser werden.“

Aber was müssen Eltern leiden, welche sechs bis elf Kinder ernähren sollen, keinen Verdienst haben und keine Arbeitslosenunterstützung beziehen können! Ich könnte mindestens 15 Fälle

aus diesem kleinen Orte schildern, wo obiges zu trifft, wo absolut kein Geld im Haushalte ist. Ich finde elf Kinder in einer Familie von einhalb bis zu 16 Jahren, der Vater keinen Verdienst, die Mutter krank; es sollte der Arzt geholt werden, damit diese noch junge Frau ihren elf Kindern erhalten bleibt. Aber, wer zahlt den Arzt? „Herr“, sagt mir die Frau, „glauben Sie, wir können Geld auf solche Weise ausgeben, wenn wir keines zu anderen Zwecken haben?“

Bei einer anderen Familie: Vater und Mutter sitzen beim Ofen und schälen gekochte Kartoffeln, ein zweijähriges Kind hilft mit, das Mittagessen herzurichten, es ist weiter nichts vorhanden als diese gekochten Kartoffeln, Vater und Mutter trösten sich mit den Worten „es wird schon wieder anders kommen, wir müssen halt Geduld haben“. Aber ich frage, was wird mit dem zweijährigen Kind, das nichts zu essen hat als Kartoffeln, ja was soll mit dem einjährigen Kind werden, das neben Vater und Mutter in der Bioge sitzt und auch von einem Kartoffelabragt?

Zum Schluß appelliert der Genosse an den Minister Habrman, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Mit scharfen Worten wendet er sich weiter gegen das Treiben der Herrschaft „Prinz Schönborn“, die heute lieber ihre Kartoffeln an Wild verfüttert, als sie den Arbeitslosen zu überlassen. Und dabei zahlt diese Herrschaft ihren Arbeitern einen Taglohn von 1.440 Kronen.

## Plauener Spitzen.

Einen interessanten Beitrag zu dem Thema „Deutsche Hungerlöhne und Auslandshilfe für Deutschland“ finden wir in unserm Hamburger Bruderblatt:

Die garten, düstigen Spitzengewerke des sächsischen Berglandes sind in der ganzen Welt gefachrt. Es wird aber auch für diesen Zweig des Textilgewerbes sehr viel getan, dank der vorzüglichen Fachschulen, in denen die Musterzeichner und Arbeiter eine erstklassige kunstgewerbliche Ausbildung erhalten. Trotz der hohen Qualität sind die Plauener Spitzen konkurrenzlos billig. Die Trägerinnen feiner Spitzenwäsche fern von Plauen machen sich darüber keine volkswirtschaftlichen Gedanken, sie freuen sich der billigen deutschen Spitzen, und damit gut. Wohl hört man drüben in der Welt immer wieder von der nicht endemotwendigen Not in Deutschland; trotz stabilisierter Mark kann es passieren, daß mitten in einer Großstadt Menschen verhungern, und immer noch kommt ein großer Prozentsatz der Volksschulkinder ohne warmes Frühstück und mit zerrissener Wäsche in die Schule.

Was das mit den Plauener Spitzen zu tun hat? Ein kleiner Artikel, den uns das „St. Galler Tagesblatt“ einfindet, belehrt über den Zusammenhang. Und es ist eine ziemlich spitzige, beschämende Lektion. In St. Gallen macht man die sehr nachgelagerte und simple Feststellung, daß auf der einen Seite die ganze Welt dem notleidenden Deutschland Almosen spendet, und daß auf der anderen Seite die Plauener Industrie ihre Spitzen zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt werfen kann, weil sie ihren Arbeitern und Angestellten Hungerlöhne zahlt. Eine Arbeiterin in der Plauener Spitzenindustrie erhält im allerbesten Fall einen Stundenlohn von 22 Pfennigen; die gleiche Industrie zahlt in der Schweiz mindestens 66 Pfennige. Kaufmännische Angestellte erhalten in Plauen 50 bis 100 Mark, weiblich: 50 bis 70 Mark monatlich. Damit sollen, so schreibt das Schweizer Blatt, Menschen leben können in einem Lande, wo die Weltmarktpreise für die meisten Lebensmittel überschritten sind. In der Schweizer Spitzenindustrie sind die Löhne und Gehälter dreimal so hoch. Preisdifferenzen bei den selben Artikeln St. Gallens oder Plauener Herkunft von 33 Prozent sind infolgedessen die Regel.

Solche Löhne machen allerdings die Unterernährung, Not und Elend zur Dauererscheinung. Und die Minderwertigkeit des Auslandes wird weiter fliehen müssen, weil... weil es die Plauener Spitzen so spottbillig kaufen kann. Es wird auf die Dauer nicht angehen, daß ein deutscher Industriezweig auf Kosten seiner verelendeten Arbeitnehmerschaft konkurrenzlos billig bleibt. Die Spenden des Auslandes sind ja eine ganz schöne humanitäre Geste, durch die sich weiche Herzen rühren lassen. Aber die von auswärts reichlich niedergebenden Almosen haben auch ihre Gefahr. Sie verblenden den Blick auf das, was aus eigener Kraft bei uns selbst geschehen mußte. In der Plauener Spitzenbranche zum Beispiel konnte einiges geschehen, um die Notlage der Arbeitnehmerschaft zu mildern. Die Sorgfalt für die kunstgewerbliche Ausbildung der Spitzenweberinnen genügt noch nicht. Man muß auch das Gewissen dafür schärfen, wie beschämend es ist, Hungerlöhne zu zahlen. Qualitätsspitzen zu konkurrenzlos niedrigen Preisen zu liefern, in die Schweizer Bäder zu reisen und Almosen vom Ausland anzunehmen.

Deutschsprechen wird nicht geduldet! In einer Bierhalle in der Kravaldostraße in Prag I., in der auch viele Deutsche verkehren, wurde dieser Tage eine Tafel angebracht, auf der in fetten Lettern der Wirt darauf aufmerksam macht, daß das Deutschsprechen in diesem Lokale nicht geduldet wird. Dieser blinde und provozierende Chovinismus, der nach mehr als fünfjährigem Bestande dieses Staates schon längst ins alte Eisen gehörte, bietet einen weiteren Beitrag zu dem vor einigen Tagen in der „Tribuna“ erschienenen und auch von uns zitierten Artikel, der in der Warnung ausklang: „... dieser Nationalismus erschlägt uns!“

**Bau eines Kriegsblindenvereinshauses.** In der Tschechoslowakei gibt es 597 Kriegsblinde (in Böhmen 324), in Mähren 123, in der Slowakei 108, in Karpatenland 29, im Auslande leben 13 der tschechoslowakischen Kriegsblinden. Unter diesen fehlen zehn außerdem beide Arme, drei sind völlig gelähmt, einem wurden beide Füße amputiert und viele andere sind anderweitig verstümmelt; sie verloren auch das Gehör oder sind durch die im Kriege erworbenen Krankheiten aufs Lager gefesselt. Die ihnen gewährten Unterstützungen sind im Verhältnis zu der herrschenden Leuerung sehr gering. Infolgedessen wurden viele der Kriegsblinden auch von der Tuberkulose befallen. Die Vereinigung erbblindeter Krieger erbaut nun für ihre Angehörigen ein Vereinshaus mit einem Sanatorium und wendet sich an alle Wohlthäter, ihr bei diesem Samaritatenwerk behilflich zu sein.

**Es ist Tatsache,** daß 1922 in Deutschland 12.000 Hektar mit Hopfen und 11.500 Hektar mit Tabak bebaut wurden. Es ist ferner Tatsache, daß 1922 in Deutschland durchschnittlich 1800 Kilogramm Brotgetreide vom Hektar geerntet wurden. Es hätten also sehr leicht 611.000 Zentner Brotgetreide auf dieser Anbaufläche erzeugt werden können. Es ist Tatsache, daß die Deutschen viel weniger Getreide einzuführen brauchen, wenn sie nicht jährlich viele Millionen Zentner Brotgetreide und viele Millionen Zentner Kartoffeln in Bier und Schnaps verwandeln. — Es ist Tatsache, daß dem Volke ungeheure Mengen von Obst, Zucker und Reis entzogen werden, um Bier, Likör und Wein zu „verbessern“. So sind im Jahre 1921 3.500.000 Zentner Zucker und 1923 in drei Monaten 184.906 Zentner Reis, und Maisgrieß zu Alkohol verarbeitet worden.

**Zum Schutze der Zeitungen.** In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind zum Schutze der Zeitungen folgende Vorschriften erlassen worden: Von Abonnenten, welche nicht ausdrückliche Ankündigung des Gegenteils geben, wird angenommen, daß sie mit ihrem Abonnement fortzufahren beabsichtigen. Wenn Abonnenten die Zeitung abbestellen, sind die Herausgeber derselben berechtigt, dieselbe solange weiter zu senden, bis alle Rückstände bezahlt sind. Wenn Abonnenten umziehen, ohne die Herausgeber davon zu benachrichtigen, und die Zeitungen weiter an ihre alte Adresse gesandt werden, so sind sie zur Zahlung dafür verpflichtet. Die Gerichte haben entschieden, daß es als absichtlicher Betrug angesehen wird, wenn jemand vor einem Umzug die Annahme einer Zeitung verweigert und dieselbe nicht abholt. Wenn Abonnenten im Voraus bezahlen, sind sie verpflichtet, dem Herausgeber beim Ablauf des Abonnements Nachricht zu geben, wenn sie die Zeitung nicht weiter zu halten beabsichtigen; sonst ist der Herausgeber berechtigt, dieselbe weiter zu senden, und der Abonnent wird zur Zahlung verpflichtet sein, bis dem Herausgeber eine bestimmte Nachricht mit Bezahlung aller Rückstände gegeben ist. Herausgeber von Zeitungen können den Gesetzen nach irgend jemand verhaften lassen, welcher eine Zeitung hält und die Bezahlung dafür verweigert. Unter diesem Gesetze ist es ein gefährliches Unterfangen, das Abonnement sechs Monate bis anderthalb Jahre unbezahlt gehen zu lassen und dann den Postmeister diese Zeitung mit dem Vermerk „Annahme verweigert“ zurückzuschicken zu lassen; oder dem Herausgeber die Notiz zu schicken, daß er weitere Sendungen einstellen möge.

**Lawinekatastrophe in der Tatra.** Mittwoch, um 11 Uhr nachts, ging eine Lawine auf den Ort Altgebirg, Bezirk Neu-Sohl nieder, wodurch vier Gebäude mit 22 Einwohnern verschüttet wurden. Die Bezirkshauptmannschaft leitete die notwendigen Rettungsarbeiten ein. Bisher wurden zehn Tote und vier Verwundete geborgen. An der Rettung der übrigen Verschütteten wird mit größter Anstrengung gearbeitet, doch hat man wenig Hoffnung, sie noch lebend aufzufinden.

**Für A. Edison-Denkmal in Prag.** Die amerikanischen Tschechoslowaken haben den Bürgermeister Dr. Baxa telegraphisch verständigt, daß sie dem verstorbenen amerikanischen Erfindenden Edison in Prag ein Denkmal errichten wollen.

**Großfeuer in Prag.** In einer Tischlerwerkstätte in Prag-Weinberge brach gestern um Mitternacht aus unbekannter Ursache ein Feuer aus, das in kurzer Zeit große Dimensionen annahm. Die in der Werkstätte befindlichen neuen Möbel Vorräte an Holz und Maschineneinrichtungen wurden arg beschädigt. Durch das Feuer wurden auch die nebenliegenden Magazine einer Speiditionsfirma und einer Lasterfirma bedroht. Doch konnten nach zweifelhüfiger anstrengender Arbeit die Feuerwehren vor Reinhardt, Weinberge und Břichov's den Brand lokalisieren. Der Schaden beträgt 80.000 bis 100.000 Kronen, ist aber teilweise durch Versicherung gedeckt.

**Eine Million gewonnen.** Der Haupttreffer der staatlichen Bauloterie im Betrag von einer Million Kronen entfiel bei der dieser Tage stattgefundenen Ziehung auf den Gendarmenwachmeister Solaus Gussowitsch bei Brünn. Solaus, welcher das Los bei einer Brünner Bank gekauft hatte, dient derzeit in der Slowakei und nahm gleich Urlaub, als er die freudige Nachricht von dem Gewinn erhielt.

**Im Balkal tödlich verlegt.** Aus Weibschach bei Friedland wird gemeldet: Der Radsfahrerverein veranstaltete am Sonntag einen Rostklobball. In der Mitternachtspanne sollte bei Dämmerlicht ein hinesischer Reigen abgehalten werden, wobei zum Schluß ein Autoüberfall geplant war. Das selbstgezimmete Auto fuhr, von zwei im Innern des Wagens verborgenen Männern in Bewegung gesetzt,

in den Saal. Auf dem Wagen saß eine Puppe, die emporgehoben wurde. Vor dem Überfall wurde der Saal stark verdunkelt. Die ganze Szene verlief programmäßig — aber als der Saal erleuchtet wurde, war nicht die Puppe emporgehoben worden, sondern einem als Gipsen verkleideten Manne namens G., hatte man die Pulsadern im Handgelenk durchschnitten. G. wurde ins Friedländer Krankenhaus überführt, wo er an Blutvergiftung gestorben ist.

**Mißglückter Raubmord.** Donnerstag ging der arbeitslose Schürch auf dem Troppauer Schloßring spazieren und traf dort eine slowakische Spitzenhändlerin. Schürch forderte sie auf mit ihm nach Hause zu kommen, da seine Frau für einige Spitzen ablaufen werde. In seiner Wohnung versuchte nun Schürch die Slowakin zu herabzuwürdigen. Die Hausbesitzerin wehrte sich jedoch, zertrat dem Schürch das Gesicht und rief um Hilfe. Der Hausherr des Schürch kam auf die Hilfe zu und sah noch wie Schürch auf dem armen Weibe kniete und mit einem ein Kilogramm schweren Hammer auf sie einschlug. Die schwerverletzte Spitzenhändlerin mußte sofort von der freiwilligen Rettungsgesellschaft ins Krankenhaus überführt werden, wo sie nachmittags ihren Verletzungen erlag. Schürch ergriff, sobald er von seinem Hausherrn überführt wurde, die Flucht. Er lief zuerst zu seiner Frau in die Fabrik und erzählte ihr, die Spitzenhändlerin habe ihn überfallen wollen. Die Polizei verhaftete zuerst vier Personen, die dem Schürch ähnlich sahen, die aber später nach der Ergreifung des Schürch wieder freigelassen wurden. Der verhaftete Schürch behauptet noch immer, in Notwehr gehandelt zu haben.

**Ein Adorot erfroren.** Der Adorot Dr. Bar-tos in Karpatenland, den dringende Geschäftsangelegenheiten nach Forrad führten, begab sich, um den Bahnhofsabzug zu erreichen, im Schneesturm zu Fuß nach Bratislava. Am anderen Tage wurde er unweit der Bahnhofstraße erfroren aufgefunden.

**Die französische Sozialistin Sorgue gestorben.** In einem Londoner Hotelzimmer wurde die bekannte französische Sozialistin Sorgue tot aufgefunden. Es scheint, daß der Tod infolge eines Herzfehlers eingetreten ist. Frau Sorgue war Dienstag nach London gekommen. Wie verlautet, besuchte sie mit ihrer Reise hervorragende Politiker um Interviews für belgische „Matter“ zu erlangen.

**„Erwachende Ungarn“.** Die Abendblätter melden aus Budapest: Die Affäre der Bombenattentate hat eine neue Wendung genommen. Wie es scheint, spielt bei den Bombenwürfen nicht nur die politische, sondern auch die homosexuelle Seite eine große Rolle. Von dem Schloffer Sar-nik, der die Bomben verfertigt hat, ist bekannt, daß er eine ausgesprochene Abneigung gegen Frauen hatte. Bei der Untersuchung fand man bei ihm eine Photographie seines Mitläufers Rada. Es hat sich herausgestellt, daß alle bei der Affäre beteiligten „erwachenden Ungarn“ homosexuell veranlagt sind.

**Verminderung der Wirtschaft in Belgien.** Dr. August Len, ordentlicher Professor an der Universität Brüssel, erklärte auf der Jahresversammlung des Zentralverbandes der Belgischen Entschuldigkeitsvereinigungen im November 1923, daß ein bemerkenswerter Rückgang des Alkoholismus zu verzeichnen sei. Gegenwärtig werde in Belgien 50 bis 60 Prozent weniger Alkohol getrunken als 1913. Die Zahl der Wirtschaftshäuser hat sich von 250.000 vor dem Kriege auf 115.000 heute verringert.

**Rylov erkrankt.** Rylov wurde von den Arbeitern in Baku zur Feier der Eröffnung des regulären Betriebes der Tramway in Baku eingeladen. Er erkrankte aber sein Fernbleiben mit Krankheit.

**Ein foscilischer Polengeneral.** Wie der „Kurrier Porany“ meldet, wurde der Inspektor der Flugabteilungen in Polen, General Macce-wicz, im Zusammenhang mit der Affäre der foscilisch ausgehobenen Foscilistenorganisationen in Warschau verhaftet.

**Polizeifolge gegen Arbeiter.** Donnerstag abends ist es im Hüttenwerk Mikowice bei Sosnowice (Polen) zu einem Zusammenstoß der Arbeiterschaft mit der Polizei gekommen. Die Arbeiterschaft demonstrierte gegen die Ablehnung ihrer Lohnforderungen durch die Unternehmer. Die einschüchternde Polizei war gewappnet, eine Salve in die Luft abzugeben, nachdem einige Polizisten durch Steinwürfe verletzt worden sind.

**General Pepselajew begnadigt.** Die Regierung hat den zum Tode verurteilten weißrussischen General Pepselajew und zwanzig Mitverurteilte zu Gefängnisstrafen begnadigt.

**Zugbeeinstellungen in Polen.** Infolge großer Schneegestöbers ist der Fernverkehr auf den polnischen Eisenbahnen teilweise eingestellt.

**Statt Wein und Schnaps — Traubensaft und Milch.** Die Bundesstatistik der Vereinigten Staaten zeigt, daß die Traubenernte 1923 mit 80.000 Wagenladungen die größte in der Geschichte des La des gewesen ist. Vor allem waren die Tafeltrauben viel reichlicher als früher und der in den Handel gebrachte sterilisierte Traubensaft wurde allgemein gekauft. — Der Milchhändlerverband, dem 65.000 Farmer angehören, ist im Begriffe, die Anzahl Schweizer Sennhütten in New York Milchlieferung zu eröffnen. Seit der Annahme des Alkoholverbotes hat ein ganz ungeheurer Milchverbrauch stattgefunden.

**„Große Kunde für unsere Kinder.“** So überschreibt die amerikanische „Saturday Evening Post“ einige Bilder, von denen drei noch folgende

Besondere Lebensrisiken tragen: Die größte Nation der Welt! Jedes Geschloß kostet 37.500 Dollar. — Der Triumph der Tanks! Die neuen Konstruktionen können ganze Städte vernichten! — Die Wissenschaft hat ein Gas hergestellt, das in vier Sekunden eine ganze Nation vernichten kann!

**Näzug der mexikanischen Aufständischen.** Der New Yorker „Associated Press“ wird gemeldet, daß General Huerta den Sitz der revolutionären Regierung nach Tuzpan verlegt hat, wohin er sich mit seinem Generalstab begab. Die revolutionären Abteilungen verlassen Veracruz mit der Eisenbahn und werden nach Tuzpan überführt.

**Die Depra in Paris.** Nach einer Mitteilung der deutschen „Allinischen Wochenzeitung“ gibt es in Paris mehr als zweihundert Depra-Kranke, die ihr Leiden meist aus der Freude mitgebracht haben. Doch sind in den letzten Jahren mehrere Fälle beobachtet worden, in denen die Kranken die Ansteckung in Paris selbst erwarben. Ueberhaupt hat sich die Ansteckung der Pariser durch frange Ausländer vermehrt, was der Zunahme dieser Kategorie zuzuschreiben ist. Während sich im Jahre 1914 unter den Kranken der Pariser Anstalten fünf Prozent Ausländer befanden, waren es im Feber 1923 über 14 Prozent, darunter fast ein Drittel Eingeborene der französischen Kolonien.

**Jeder vierte Stockholmer hat ein Telefon.** Die Zahl der Telephone in Stockholm ist im letzten Jahre von 100.028 auf 106.546 zurückgegangen. Trotzdem hat noch ein jeder vierte Bewohner Stockholms ein Telefon.

**Wetterüberblick vom 8. Feber.** Im Gebiete zwischen dem Tiefdruckgebiet über Ost- und Nordost-Europa und einer neuen atlantischen Depression, deren Zentrum südwestlich von Island liegt, ist in unseren Gebieten eine vorübergehende Besserung und Wetterberuhigung eingetreten. Die Temperaturen halten sich in Mittelstufen nahe Null, in den Südbreiten sanken sie Freitag früh bis auf -10 Grad Celsius. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Vormittag bewölkt, Abnahme der Niederschlagsneigung, in den Tagesstunden milder.

### Aus Natur und Technik. Seltene Erden.

Man kann sie eigentlich kaum noch selten nennen, da sie von ihrem tiefen hellleuchtenden Grunde in ungezählten Glühstrümpfen geben, die ihre Leuchtstärke dem in einem ganz bestimmten Verhältnis vorgenommenen Gemisch von Thorerde und Cerozyd verdanken. Freilich, eine ganz winzige Menge davon genügt schon. Aber Cer und Thor haben eine ganz stattliche Reihe von Verbindungen, um deren genaue Feststellung sich die Chemie seit mehr als einem Jahrhundert bemüht. Ein Mineral, das in den Felsen des Mälars-Sees vorkommt, der Ytterbit, lenkte am Ausgang des vorigen Jahrhunderts die Aufmerksamkeit der Mineralogen und Chemiker auf sich. Berzelius fand darin das Cer, Eckerberg und Yttrium, Mosander das Lanthan. Bunsen und vor allem Auer von Welsbach sowie der Franzose Urbain erspürten weitere Elemente. Das Samarium, das Praseodym, das Neodym, Cerium, Mitrilium, Europium, Lutetium wurden festgestellt und noch mehrere andere Elemente, von denen mehr die schwedischen und grönländischen Minerale der Ausgangspunkt für ihre Gewinnung sind, dazu hauptsächlich der Monazit, der sich in Nordamerika, Brasilien und Australien und dem Ural findet. Durch fraktionierte Kristallisation, deren Ausbildung unendliche Geduld und viel Kunstfertigkeit erfordert, und unter Verwendung der Absorptionsspektroskopie lassen sich diese Elemente von einander trennen. Ihre Reindarstellung ist durchaus nicht leicht, und das Europium hat wohl außer seinem Darsteller kaum ein anderer in Händen gehabt. Borell haben eine technische Bedeutung nur das Cer, das Thor, sowie das mit ihm verwandte heilkräftige Radium gefunden. Auer von Welsbach stellte fest, daß wenn der Glühstrumpf keine ächte Leuchtstärke geben soll, reine Thorerde mit ein Prozent Cererde gemischt sein muß. Gleichzeitig fand er, daß wenn man Cer mit Eisen verbindet, diese Verbindung eine außerordentlich hohe Verbrennungswärme bei sehr niedriger Entzündungstemperatur besitzt.

### Kleine Chronik.

**Ein englischer „Kreuzritterorden“.** Wie englische Blätter melden, gründete vor zwei Jahren in London Oberst Walter Fober mit fünf Freunden den „Kreuzritterorden“ nach dem Vorbilde des mittelalterlichen Ritterwesens. Die Mitglieder, heute bereits über 1000 an Zahl, sind hauptsächlich ehemalige Kriegsteilnehmer; die Führer tragen nach dem Vorbilde des alten gleichnamigen Ordens den Titel eines Großmeisters, Großseneschalls, Großarchivars usw. Sie tragen wie ihre Ahnen mittelalterliche Tracht, einen Ueberwurf aus weißem Linnen mit rotem Kreuz und eine Kapuze, deren Farbe den „Rang“ des Trägers bestimmt. Der Großarchivar Sir Edward Bellone, teilt mit, daß der Orden weder wie der Jesuitenorden, noch wie der amerikanische Ku-Klux-Klan mit Gewaltmethoden etwas zu tun habe. Die leitende Idee liegt in der Wiederbelebung der verlorenen Ideale. Nur britische Staatsangehörige können Mitglieder werden und nur Christen was aber nicht bedeutet, daß der Orden antijewische Tendenzen befolge. In seiner Unterstützung des Staatsanscheins ist die Verbindung durchaus demokratisch, trotz seiner autoritären Leitung. Die Teilnahme der Frauen an der Bewegung ist sehr erwünscht, aber bis jetzt noch nicht verwirklicht. Vor einigen Tagen will der Orden der

Spielhölzer auf dem Lande, wo viele Kriegsgewinnler sich angekauft haben, ein Ende bereiten haben. Seit Jahren ist bekannt, daß viele Söhne adeliger und reicher Familien, die in der englischen Gesellschaft eine Rolle spielen, ihr Geld in den Händen solcher Kriegsgewinnler, nach für nach in hohen Summen verguden. Einige Mitglieder des Ordens, die in den betreffenden Gegenden der Spielhölzer Einfluß besitzen, beschließen diese und wandten ihre ganze Ueberredungskraft auf, um die Spieler ihrem Laster zu entreißen.

### Volkswirtschaft. Landbändler und landwirtschaftliche Genossenschaften.

Unlängst hat ein agrarischer „Weiser“, der landbändlerische Redakteur der Braunauer „Scholle“ namens Scholz seine Bedenken gegen das Genossenschaftswesen geäußert, weil sie die Selbstständigkeit des Bauern aufhebe und — zum Sozialismus führe.

Der Zweck der Genossenschaftsbewegung ist, die verderblichen Wirkungen, welche das von den Kapitalisten, auch den Landbändlern gepredigte System des „freien Spiels der Kräfte“ für die auf zu schwacher wirtschaftlicher Grundlage stehenden und sich selbst überlassenen Kleinrentner und Befitzer nach sich ziehen mußte, zu beseitigen. Es geht dem verachtenden Konkurrenzdruck der landwirtschaftlichen Großproduktion durch Hebung der Bauernwirtschaft entgegenzuwirken, der Abhängigkeit der Bauern vom Großhandel und der isolierten Großindustrie einerseits, von den lokalen Zwischenhändlern und Kreditgebern andererseits — jener neuen Leibeigenschaft, die das mobile Kapital für den Kleinrentner erzeugt, — ein Ende zu machen. Es geht schließlich, nicht nur die Wirtschaft und die Kreditverhältnisse der Bauern zu verbessern, sondern sie auch geistig und moralisch zu heben. Denn mit Recht bemerkt Duchenberger in seinem Werk „Agrarwesen und Agrarpolitik“: „Länger als in anderen Erwerbsständen der Fall, ist die breite Masse der Grundbesitzer in einem Zustand wirtschaftlicher und geistiger Abhängigkeit festgehalten worden, deren nachteilige Wirkungen auch nach dem erfolgten Abschluß des bäuerlichen Befreiungswerkes und der Ablösungsgesetzgebung sich geltend machen; und mehr als die anderen Erwerbsstände steht die bäuerliche Bevölkerung im Bann der Tradition und damit des Vorurteils und des Mißtrauens gegen Fremdes und Neues.“

Trotz dieser, in der Eigenart der ländlichen Bevölkerung bestehenden Schwierigkeiten hat die Genossenschaftsbewegung ihre Zwecke heute schon in sehr bedeutendem Maße erreicht. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt schrieb Bredow: „Die stete Folge der ländlichen Darlehensgenossenschaft, der gemeinschaftliche Einkauf von Dingen, Futtermitteln, Futtermitteln, die ländlichen Konsumvereine und Rohstoffgenossenschaften, die Verkaufsgenossenschaften, vor allem die Konzentration des genossenschaftlichen Geldverkehrs, die zuerst die Segnungen des modernen Geschäftsverkehrswesens auch dem Bauer zugute kommen ließ, alles das hat dem mittleren und kleinen Grundbesitzer das gegeben, was er bis dahin völlig entbehrt und gegenwärtig mehr als je nötig hat: ein Rückgrat im wirtschaftlichen Kampf der Gegenwart, Klassenbewußtsein, Selbstvertrauen und Geschäftsgestalt.“

Die Genossenschaften werden vielfach als ein Ersatz des Großbetriebes angesehen, um dem kleinen Grundbesitzer die Vorteile der Großproduktion zu sichern, meist ohne die Selbstständigkeit der Einzelnen aufzuheben. Ewald Bernstein sagt diesbezüglich: „Die Vorteile des genossenschaftlichen Einkaufs von Waren, der gemeinschaftlichen Beschaffung von Maschinen etc. und der gemeinsamen Verarbeitung der Produkte, sowie die Möglichkeiten billigen Kredits können schon ruinierte Bauern nicht retten, sie sind aber für Tausende und Abertausende von Kleinrentnern ein Mittel, sie vor dem Ruin zu schützen. Daran kann kein Zweifel sein. . . . Es ist nicht zu viel gesagt, daß die Vorteile, welche der kapitalistische, wohlhabendere Großbetrieb vor dem Kleinbetrieb voraus hat, nicht so bedeutend sind, daß sie der Kleinrentner nicht bei voller Ausnutzung des Genossenschaftswesens zum großen Teil einholen könnte.“ Der französische Schriftsteller Bonnet schrieb: „Niemand leugnet es heute, daß das Genossenschaftswesen ein überaus wirksames Werkzeuge sei, um diejenigen, die unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen in einer Art Halb-Sklaverei erhit, nach und nach zu befreien.“

Sehr anschaulich schildert Stengel die Bedeutung des Genossenschaftswesens. Sie treten in eine Bauernwirtschaft. Sie sehen eine Dreschmaschine arbeiten. Sie fragen: Wer hat diese? Die Genossenschaft hat sie beschafft. Sie sehen eine Ringelwalze auf einem halben Morgen Land arbeiten, wer kauft eine solche für einen halben Morgen? Die Genossenschaft kauft sie für den gemeinsamen Besitz. Bei den kleinen Bauern war das Produkt der Acker erbärmlich. Kommen Sie jetzt in einzelne Gemeinden, in denen das Genossenschaftswesen blüht, und sehen Sie dort die zweckmäßig eingerichteten Gärungskeller und fragen, wenn Sie das viel bessere Produkt gekostet haben: Wem gehören die Keller? Sie gehören der Genossenschaft. Das sind faktische Beispiele unseres Genossenschaftswesens und schon heute ist dieselbe die zweite Großmacht in Deutschland.“

Diese Aeußerungen sozialistischer und bürgerlicher Wirtschaftspolitiker zeigen in ihrer Ueber-

einstimmung die ungeheure Bedeutung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Diese führen zur Gesundung der Landwirtschaft, sind ein Schutz und Schirm der Kleinrentner in erster Reihe — das alles will doch der Sozialismus! Wenn eine gewisse Unterordnung des Einzelnen unter das Gesamtinteresse dabei erfolgt, ist dies ein Unglück für ihn, wenn er sich geborgen fühlen kann, wenn er weiß, daß hiedurch seine Existenz gesichert ist? Wahrlich, die Angst vor dem Sozialismus, der Krönung des Genossenschaftsgedankens, ist der schlechteste Ratgeber der Landbändler, aber er entspringt der stillen Hoffnung, daß es nach wie vor gelingen möge, die Herrschaft des Agrarkapitals aufrecht zu erhalten. Der ganze Gedankenkreis der Landbändler ist ebentapi talistisch und daher antilokalistisch. Ihre Bedenken gegen die Genossenschaftsbewegung sind von ihrem Standpunkt nicht unbegründet.

**Produktionserhebung.** Der zweite Band des Berichtes über die Produktionserhebung, die vom Internationalen Arbeitsamt ausgeführt wurde, ist eben erschienen. Er behandelt die Schwankungen im Umfange der Produktion in dem Zeitschnitt von der Vorkriegszeit bis 1921 oder 1922 und gibt auch über die Durchschnittsleistung der Arbeiter Auskunft. Die zwei folgenden Bände sind der Erklärung der Produktionskräfte und den Maßnahmen zur Abhilfe derselben gewidmet. Der zweite Band umfaßt 1356 Seiten mit 665 Tabellen und 330 Diagrammen; die Produktionsschwankungen sind auf ungefähr 1000 Seiten dargestellt. Die Arten der Güter, welche in Betracht gezogen werden, sind mineralische Produkte, Textilien, chemische Produkte, landwirtschaftliche Produkte, welche für die gewerbliche Weiterverarbeitung bestimmt sind, landwirtschaftliche Nahrungsmittelprodukte, landwirtschaftliche Geräte, andere industrielle Produkte; auch die Herstellung von Bauten ist einbezogen. Auf Grund der statistischen Angaben aus den verschiedenen Ländern, welche der Bericht enthält, werden internationale Vergleiche durchgeführt. Es wird zuerst die Schwankung der Produktion in der Vorkriegszeit im ganzen behandelt, worauf Vergleiche unter Hervorhebung nachstehender Ländergruppen folgen: kriegsführende Länder Mittel- und Ost-Europas; kriegsführende Länder Westeuropas; neutrale europäische Länder; außereuropäische Länder. — Schließlich wird versucht, die Wandlungen anzuzeigen, welche die Produktion in jedem einzelnen Lande durchgemacht hat. Der Abschnitt, welcher die Durchschnittsleistung der Arbeiter behandelt, ist in drei Kapitel gegliedert: Fragen der Methode; Leistung pro Arbeiter in den verschiedenen Ländern; Angaben über die Leistung in der Landwirtschaft.

**Die neueste „Verbilligungsaktion“.** Die amtlichen und halbamtlichen Zeitungen berichten, daß das Ernährungsministerium beschlossen hat, die ständige Verbraucherenquête u periodischen Menarstellungen einzuberufen, die einmal in der Woche stattfinden werden und in denen die Möglichkeit der Herabsetzung der Preise für bestimmte Bedarfsartikel erwogen werden wird. Die erste Sitzung wird am 15. Feber stattfinden und sich mit der Herabsetzung der Zündhölzchenpreise beschäftigen. Die Blätter sprechen im Anschluß an diese Meldung die Hoffnung aus, daß hiedurch ein beschleunigter allgemeiner Preisabbau ermöglicht werden würde. Wir haben unsere Meinung über die Art der Verhandlungen der Konsumentenenquête schon öfters ausgesprochen und wissen, daß auch aus der neuesten Verbilligungsaktion der Regierung nicht allzuviel herauszuschauen dürfte.

**Preisüberhebung der polnischen Kohle.** Der Preis für ober-schlesische Kohle, der ab 6. Feber in polnischen Gulden oder valowisierten Franken festgesetzt wird, beträgt pro Tonne grober oder Würfelkohle 34 Franken, was einer Preisreduktion von 30 Prozent entspricht. Die Kohlensteuer soll in der nächsten Zeit eine weitere Herabsetzung erfahren.

**Streikgefahr im polnischen Bergbau.** Die die Warschauer Blätter melden, wollen die Bergwerksunternehmer die Arbeitelöhne mit Rücksicht auf den Preisrückgang der wichtigsten Lebensbedarfsartikel um zehn Prozent abbauen. Die Bergbauerschaft stellt sich gegen diesen Abbauversuch und droht mit dem Streik. Sollte es zum Streik kommen, so würden allein im Dombrowaer und Krakauer Revier gegen 70.000 Bergarbeiter in den Aufstand treten.

**Ein Wohnungsbauplan der englischen Arbeiterregierung.** Am 6. Feber fand im englischen Arbeitsministerium eine Konferenz polnischer Vertreter der Regierung, der Bauarbeiterverbände und der Arbeitgeber der Bauindustrie statt, die sich mit dem Plan der Regierung befaßte, 10.000 Kleinwohnungsbauwerke jährlich zu bauen. Die Regierung war vertreten durch den Arbeitsminister Tom Shaw, die parlamentarische Staatssekretärin im Arbeitsministerium Margarete Bondfield, den Gesundheitsminister John Wheatley und den Staatssekretär für Schottland Adamson. (Die Wohnungsnot ist besonders eine schottische Frage, weil in den großen schottischen Industriestädten in Vegerisat zu den meisten anderen Teilen Großbritanniens die Arbeiterklasse in elenden Mietskasernen zu hausen gezwungen ist. Auch Wheatley ist schottischer Abgeordneter.) Es wurde vereinbart, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen gemeinsamen Plan der Regierung unterbreiten. Eine der Haupt-schwierigkeiten ist die Frage der Beschäftigung der großen Zahl von ungelerten Arbeitern, die bei der Durchführung dieses Projektes innerhalb kürzester Zeit zu gelerten Arbeitern avancieren

müssen. Es wird versichert, daß Macdonald großen Wert darauf legt, daß er in die Lage versetzt sei, bereits beim Zusammentritt des Parlaments in der nächsten Woche einen fertigen Wohnungsbauplan vorzulegen.

**Die Löhne in Rußland.** Auf der letzten Pariskonferenz der kommunistischen Partei hat der Berichterstatter des Parteivorstandes Kuznow, der vor einigen Tagen zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare gewählt wurde, von einer außerordentlich großen Steigerung der Löhne im letzten Jahre gesprochen. Am gegenüber erklärte der kommunistische Generalsekretär Kallier: „Wir verheimlichen die Tatsache, daß in den ersten neun Monaten des verflochten Jahres die Wirtschaftslage der Arbeiter sich keineswegs gebessert hat und in einzelnen Fällen ist es sogar schlechter geworden. Im Durchschnitt sind die Löhne nicht um 63 Prozent gestiegen, sondern nur um 9 Prozent. Auch diese kleine Steigerung kommt nur dadurch zustande, daß sich die Lage der Metallarbeiter gebessert hat. In der Textil- und in der chemischen Industrie haben wir einen Rückgang zu verzeichnen, trotzdem diese Industrien große Gewinne erzielt haben. Absolut genommen, stehen die Löhne sehr tief. 72 Prozent der Arbeiter bekommen unter 14 Rubel monatlich.“

**Gewerkschaftsfragen in China.** Dem chinesischen Parlament liegt zurzeit ein Gesetzentwurf vor, der sich mit den Gewerkschaften beschäftigt. Die vorgesehene Bestimmungen sind durchaus reaktionär, wie es immer der Fall ist, wenn man eine im Entstehen begriffene Bewegung niederhalten möchte, ohne die Kraft zu haben, sie ganz zu unterdrücken. Den Arbeitern wird das Recht zugesprochen, sich behufs Erlangung wirtschaftlicher Vorteile und zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen zusammenzuschließen. Die Statuten bedürfen der Genehmigung der lokalen Behörden, bei nationalen Industrien und öffentlichen Betrieben außerdem der unabhängigen Regierungsstellen. Gefakete Beschlüsse und vor-nommene Wahlen müssen den Behörden zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Behörden können jede Organisation auflösen, die sich regierungsfreundlich betätigt oder im Verdacht steht, die öffentliche Ordnung zu stören.

### Kunst und Wissen.

**Spielplan des Neuen Theaters.** Heute Samstag „Tannhäuser“ mit Paul Hoffmann vom Stadttheater in Nürnberg als Gast; morgen Sonntag abends „Mädi“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Samstag und morgen Sonntag abends neuinszeniert „Der eingebildete Kranke“, hierauf „Die Geäierten“; Sonntag nachmittags „Die deutschen Kleinstädter“.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, I. Edgar, Refäzanta 2a, 2535

**VIII. Prager Frühjahrs-Messe**  
vom 16. bis 23. März 1924.  
Legitimationen à Kc 25.- Prag I., Altsädler Rathaus.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Abdrucksgesellschaft, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Holth.

**Bank für Brauindustrie in Prag**  
Offizielle Bankstelle der Brauindustrie.  
Organisation der Cechoslowakischen Republik  
Filialen: Brünn, Schüttenhofen, Trnava (Slovakien)  
Büchleinlagen werden mit 4-5% verzinst.  
Alle Banktransaktionen werden billigt durchgeführt.

**Kuh & Kretsch**  
Likörfabrik  
Teplitz-Schönau.

**Kalla's Bratheringe**  
Fischkonserven, Secklinge.



Zu beziehen durch die  
Großverkaufsgesellschaft für Konsumverehne in PRAG II., Fügnerovo nám. 4.